

Hohe „Landesehrung“ für einen Totengräber der Selbstbestimmung Südtirols

Das Schloss Tirol ist ein Symbol für die Landeseinheit Tirols. Die SVP-Parteispitze ließ dort einen „Totengräber“ der Selbstbestimmung „ehren“.

Eine fragwürdige Ehrung mit schwammiger Begründung

Am 5. September 2018 fand auf Schloss Tirol, von dem das ganze Land seinen Namen hat, und welches eigentlich für die unzerstörbare Landeseinheit steht, eine höchst fragwürdige „Ehrung“ statt. Geehrt wurde ein Mann, der sich nicht für die Landeseinheit, sondern gegen die Landeseinheit Tirols engagiert hat.

Das Land Südtirol – sprich: die Parteispitze der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) – verlieh dem Leiter des Völkerrechtsbüros im österreichischen Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Dr. Helmut Tichy, den „Großen Verdienstorden“ des Landes Südtirol.

Die vom Südtiroler Landespresseamt am 5. September 2018 veröffentlichte Begründung für diese Ehrung war mehr als schwammig:

„Wann immer Südtirol um rechtliche Unterstützung ersuchte, war Botschafter Tichy zur Stelle. Helmut Tichy ist mit seinen umfassenden Fachkenntnissen im Völkerrecht und zusätzlich auch im Europarecht ein unverzichtbarer Berater und rechtspolitisch gewichtiger Unterstützer des Landes Südtirol.“

Südtirol verneigt sich vor 3 Freunden

FESTAKT: Großer Verdienstorden des Landes Südtirol an Francesca Melandri, an Hans Heinrich Hansen und an Helmut Tichy verliehen

SCHLOSS TIROL (lu). Francesca Melandri hat mit ihrem Roman „Eva schläft“ Südtirol erzählt. Helmut Tichy hat als Völkerrechtler und österreichischer Botschafter Südtirols Autonomie mittels Kleingedrucktem geschützt und weiterentwickelt, und Hans Heinrich Hansen ist auf europäischer Ebene für den Minderheitenschutz eingetreten. Aus Dank für ihren Einsatz hat ihnen Landeshauptmann Arno Kompatscher gestern auf



Die Tageszeitung „Dolomiten“ berichtete am 6. September 2018 über die „Ehrung“ des Dr. Tichy (ganz rechts im Bild). Wohl mangels konkreter Fakten bezeichnete die Zeitung Tichy kurzerhand als „Freund“ und beschrieb seine angeblichen Verdienste mit folgenden Worten:

„Helmut Tichy hat als Völkerrechtler und österreichischer Botschafter Südtirols mittels Kleingedrucktem geschützt und weiterentwickelt...“

Tichy selbst wusste in seiner Dankesrede auch nicht mehr über seine eigenen Verdienste zu berichten, als dass er Südtirol „immer vor Augen“ habe.

Der Südtiroler Heimatbund (SHB) wies auf die politischen Hintergründe hin



Roland Lang

Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB), eine von ehemaligen politischen Häftlingen Südtirols gegründete Vereinigung, welche für die Selbstbestimmung eintritt, wusste jedoch sehr wohl eine plausible Erklärung für diese seltsame „Ehrung“ zu liefern.

Der SHB-Obmann Roland Lang veröffentlichte am 3. September 2018 nachstehende Presseerklärung, welche von bedeutenden Internet-Nachrichtenportalen wie „Unser Tirol 24“, „SÜDTIROL NEWS“ und „SALTO“ verbreitet wurde:

Hohe „Landesehrung“ für einen Totengräber der Selbstbestimmung Südtirols

Am 5. September 2018 wird auf Schloss Tirol dem österreichischen Ministerialbeamten Dr. Helmut Tichy der „Große Verdienstorden des Landes Südtirol“ feierlich verliehen werden. Diese Ehrung erfolgt aber ausschließlich aus wahltaktischen Gründen, um die unterwürfige Politik der SVP gegenüber Rom zu bestätigen und das Selbstbestimmungsrecht ad Acta legen zu können, stellt SHB-Obmann Roland Lang fest.

Begründet wird die Verleihung des höchsten Landesordens an Dr. Tichy damit, dass er als Leiter des Völkerrechtsbüros im

österreichischen Außenministerium „stets zur Stelle“ gewesen sei, „wann immer Südtirol um rechtliche Unterstützung ersuchte.“ („Dolomiten“ vom 31. 8. 2018)

Am 18. November 2016 unterstützte Dr. Helmut Tichy den Südtiroler Landeshauptmann Dr. Arno Kompatscher bei dessen Ablehnung der Selbstbestimmung für Südtirol.

Er erklärte nämlich im November 2016 anlässlich der Gedenkveranstaltung „70 Jahre Pariser Vertrag“ in Bozen, dass Südtirol sein Selbstbestimmungsrecht bereits „in der Form weitgehender Autonomie“ ausübe. (Quelle: RAI- Tagesschau sowie „Dolomiten“ vom 18. November 2016).

Damit lag der Beamte Dr. Tichy auch auf der politischen Linie seines damaligen ÖVP-Außenministers Kurz.

Nun ist es richtig, dass die Ausübung der Selbstbestimmung auch zu einer Autonomie führen kann, wenn sich die Bevölkerung in einer Volksabstimmung mit der Wahlmöglichkeit zwischen „Los von Rom“ und einer „Autonomielösung innerhalb Italiens“ für die zweite Variante entscheidet.

Dr. Helmut Tichy weiß aber sicherlich, dass eine solche Volksabstimmung in Südtirol nie stattgefunden hat.

Das heutige Autonomie-Paket wurde am 23. November 1969 von den Delegierten einer außerordentlichen Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei (SVP) angenommen – also von den Funktionären eines Parteigremiums.

Das Autonomiestatut wurde sodann von dem italienischen Staatspräsidenten mit Dekret Nr. 670 vom 31. August 1972 in Kraft gesetzt. Der Artikel 1 des Statuts bekräftigt auch die politische Einheit „der einen und unteilbaren Republik Italien“, womit jegliches Streben nach Selbstbestimmung als verfassungsfeindlich qualifiziert wird.

Es ist nicht anzunehmen, dass Dr. Helmut Tichy tatsächlich

den Beschluss einer Partei-Delegiertenversammlung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der gesamten Landesbevölkerung hält.

*Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) hat damals am 20. November 2016 in einer Presseerklärung festgehalten, dass Dr. Tichy hier im Sinne der damaligen österreichischen Bundesregierung eine **Umdeutung des Begriffes „Selbstbestimmungsrecht“** versucht hat.*

Die jetzige „Ehrung“ des dienstergebenen Beamten Dr. Tichy hat wohl wenig mit dessen „Verdiensten“ zu tun.

Sie dient wohl eher dazu, die SVP-Politik der ständigen Erfüllung der Wünsche Roms zu legitimieren. Daher wird die durch Dr. Tichy vertretene Politik der Beerdigung der Südtirol-Frage von Landeshauptmann Dr. Kompatscher und der SVP-Parteispitze als vorbildhaft hingestellt. Man „ehrt“ Dr. Tichy und meint sich selbst.

Einen Großteil der Bevölkerung wird man damit nicht täuschen können. Zu sehr fällt der falsche Zungenschlag auf.

Roland Lang

Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB)

Eine schwankende SVP und ein williger Dr. Arno Kompatscher

Die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) ist nimmt in Bezug auf die Zukunft des Landes mangels innerer Geschlossenheit oft eine schwankende Haltung ein. Der jetzige Landeshauptmann Dr. Arno Kompatscher hat sich aber in entscheidenden Augenblicken zusammen mit führenden österreichischen ÖVP-Politikern als williger Erfüllungsgehilfe der Interessen Roms erwiesen.

Absage an Selbstbestimmungsbefürworter in Südtirol

Am 3. Mai 2014 veröffentlichte die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ ein Interview mit dem damaligen österreichischen „Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten“ Sebastian Kurz. In diesem Interview teilte Kurz den Südtirolern mit, dass von einem ÖVP-geführten Außenministerium keine Unterstützung für Selbstbestimmungsbestrebungen zu erwarten sei. Kurz sprach sich gegen das Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppen in der Lombardei, im Veneto, in Friaul-Julisch-Venetien und in Südtirol mit folgenden Worten aus:

„Ich halte nichts davon, den Leuten das Blaue vom Himmel zu versprechen. Freistaats- und Unabhängigkeitsfantasien führen die Menschen in die Irre – man kann das Rad der Zeit nicht zurückdrehen.“

Wie die „Dolomiten“ am 5. Mai 2014 berichteten, wurde Kurz am gleichen Tag auf der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei in seiner Gastrede in beleidigender Weise noch deutlicher:

„In meiner Heimat, aber auch in Südtirol beobachte ich leider Ewiggestrige, die wieder vom Aufziehen neuer Grenzen träumen“.

Dolomiten

TAGBLATT DER SÜDTIROLER

If undeliverable, please return to Bozen - Italy - TASSA PAGATA / TAXE PERCUE

zin

Samstag/Sonntag, 3./4. Mai 2014 - www.dolomiten.it

2,00 € Südtirol u. Trentino - 2,60 € restl. Italien u. Ausland

onement - ges. Dekr. 353/2003 (abgeändert in Ges. 27/02/2004 Nr. 46) Art. 1, Komma 1, CNS Bozen - Beinhaltet I.P. und I.R.

132. Jahrgang, Nummer 100

FRÜHUNG: Karl Pichler, Präsident der Stiftung der Sparkasse ▶15



ERLEICHTERUNG: Staatssekretär Graziano Delrio verspricht Kostensenkung ▶19



ERINNERUNG: Josef March, Landes-Bautenchef in Pension, im großen Interview ▶39

„Freistaatsphantasien führen die Menschen in die Irre“

GESPRÄCH: Österreichs Außenminister Kurz in Meran – Im Interview spricht er über Zukunft Südtirols und Jugend in der Politik

MERAN. Volles Programm in dieser Woche für Österreichs Außenminister: Nach Gesprächen in Teheran zum Atomstreit und als Vermittler in der Ukraine-Krise in Kiew ist Minister Sebastian Kurz gestern in Meran angekommen, wo er heute bei der SVP-Landesversammlung zu Gast sein wird. Minister Kurz nahm sich Zeit für ein Interview für die „Dolomiten“. Dabei verriet er, wie man sich als extrem junger Politiker gegen die alten Hasen behauptet, wo er Südtirol in 50 Jahren sieht, welche Chancen er einer Doppelstaatsbürgerschaft einräumt. Klartext sprach der Minister auch in Sachen Selbstbestimmungs-Referendum: „Ich halte nichts davon, den Leuten das Blaue vom Himmel zu versprechen. Freistaats- und Unabhängigkeitsphantasien führen die Menschen in die Irre - man kann das Rad der Zeit nicht zurückdrehen“, so Kurz. Das ganze Interview lesen Sie auf ▶Seite 17



Österreichs Außenminister Sebastian Kurz traf gestern Abend in Meran ein. Er wird heute Gast bei der SVP-Landesversammlung sein. Den „Dolomiten“ gab er vorab ein Interview. DLife

Aus „Dolomiten“ vom 3./4. Mai 2014

Ein Jubelbrief des Landeshauptmannes

Der Südtiroler Landeshauptmann Dr. Arno Kompatscher bedankte sich für diese Worte, die auch seine politische Linie unterstützten, mit einem Jubelbrief, in welchem er behauptete:

„... Ihre Aussagen sind in Südtirol mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Sie haben die Herzen vieler Südtirolerinnen und Südtiroler im Sturm erobert.“



DER LANDESHAUPTMANN
VON SÜDTIROL

39100 BOZEN,
LANDHAUS I

08.05.2014

Herrn
Bundesminister für europäische und
internationale Angelegenheiten
Sebastian Kurz
Minoritenplatz 8
A-1014 Wien

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Ihr offizieller Besuch am 2. Mai in Bozen waren eine große Freude und Ehre für Südtirol. Es ist mir deshalb überaus wichtig Ihnen nochmal von ganzem Herzen dafür zu danken. Ihre Aufmerksamkeit und Sensibilität für das Südtirolthema sind außergewöhnlich und bestärken uns in unseren politischen Autonomie- und Finanzverhandlungen mit der römischen Regierung.

Ihre Anwesenheit und vor allem auch Ihre Aussagen sind in Südtirol mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Sie haben die Herzen vieler Südtirolerinnen und Südtiroler im Sturm erobert.

An dieser Stelle möchte ich auch den guten Kontakt und Austausch über das Generalkonsulat in Mailand unterstreichen, in der festen Überzeugung, dass in gemeinsamen Abstimmung auch große politische Themen bewältigbar sind.

Mit freudiger Erwartung sieht Südtirol Ihrem nächsten Besuch entgegen.

Dr. Arno Kompatscher

Dem ist nichts hinzuzufügen!

Ehrendes Gedenken an Hans Auer

Abschied von einem Tiroler Freiheitskämpfer

Am 26. Juni 2018 veröffentlichte Roland Lang, Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB), einer von ehemaligen Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründeten Vereinigung, welche für das Selbstbestimmungsrecht Südtirols eintritt, nachstehenden Nachruf auf einen verstorbenen ehemaligen Freiheitskämpfer:

Mit Trauer muss der Südtiroler Heimatbund (SHB) das Ableben eines liebenswerten Freundes und unbeugsamen Patrioten mitteilen. Der Freiheitskämpfer Hans Auer ist nicht mehr unter uns, teilt SHB-Obmann Roland Lang in einer Aussendung mit.

Nach der Feuernacht des Jahres 1961 hatte eine riesige Verhaftungswelle die Mehrzahl der Freiheitskämpfer in die Carabinieri-Kasernen unter die Folter und später in Mailand vor Gericht gebracht. In dieser Situation fasste der junge Johann (Hans) Auer aus Sand in Taufers zusammen mit einigen Freunden den folgenschweren Beschluss, Anschläge gegen Strommasten zu begehen. Darüber hat er später Freunden gegenüber ausgesagt:

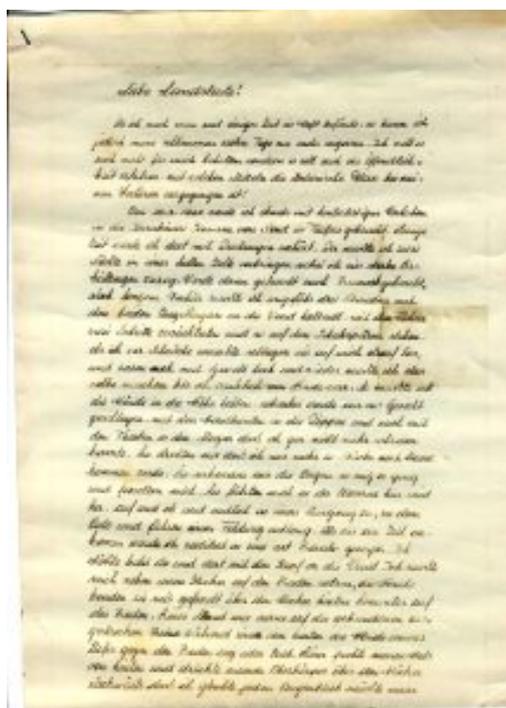
„Hätten wir und Andere den Freiheitskampf nicht fortgeführt, dann hätte die Gefahr bestanden, dass die Opfer unserer Kameraden von 1961 umsonst gewesen wären. Wir haben es als unsere Pflicht angesehen, durch die Anschläge den Druck auf die Staatsmacht und ihre Politik weiter aufrecht zu halten.“

Pusterer brutal von den Carabinieri gefoltert

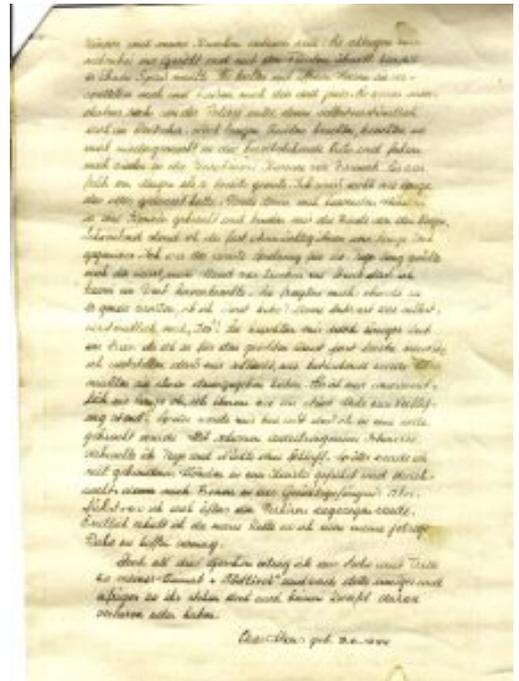
Im März 1967 wurde Hans Auer zusammen mit anderen jungen Pustern verhaftet und in die Carabinieri-Kaserne von Bruneck verbracht.

dort mit ihm und seinen Freunden geschah, hat er später in aus dem Gefängnis geschmuggelten Briefen und in Gesprächen geschildert: **Tage lang brutale Schläge, Stockhiebe, Fußtritte, herausgeschlagene Zähne, Schlafentzug, Erstickungsversuche, Blendung mit einer Quarzlampe, Durstqualen, Ausreißen eines Zehennagels. Dazu Quälereien am Unterleib, die blutigen Urin zur Folge hatten.**

Als Hans Auer viele Jahre später auf einer Veranstaltung in Österreich aus einem damaligen Folterbrief das Erlebte vorlesen sollte, verschlug es ihm angesichts der schrecklichen Erinnerungen die Sprache. Er brachte kein Wort heraus und sein Sohn Hannes musste den Brief verlesen.



Zum [vergrößern](#)
anklicken!



Zum [vergrößern](#)
anklicken!

In dem oben abgebildeten Brief hieß es:

„Liebe Landsleute! Da ich mich nun weit einiger Zeit in Haft befinde, so kann ich jedoch meine schlimmeren ersten Tage nie mehr vergessen. Ich will es auch nicht für mich behalten, sondern es soll auch die Öffentlichkeit erfahren, mit welchen Mitteln die italienische Polizei bei meinen Verhören

vorgegangen ist.

Am 10.3.1967 wurde ich abends mit hinterlistigem Vorhaben in die Karabinieri Kaserne von Sand in Taufers gebracht. Lange Zeit wurde ich dort mit Drohungen verhört. Da mußte ich zwei Nächte in einer kalten Zelle verbringen, wobei ich mir starke Erkältungen zuzog. Wurde dann gefesselt nach Bruneck gebracht. Nach langem Verhör mußte ich ungefähr drei Stunden, mit den beiden Zeigefingern an die Wand haltend, mit den Füßen zwei Schritte zurücktreten und so auf den Schuhspitzen stehen. Als ich vor Schwäche einsackte schlugen sie auf mich drauf los, und rissen mich mit Gewalt hoch und wieder mußte ich das selbe machen, bis ich wirklich am Ende war. So mußte ich die Hände in die Höhe halten, nebenbei wurde mir ins Gesicht geschlagen, mit den Handkanten in die Rippen und auch mit den Fäusten in den Magen daß ich gar nicht mehr schreien konnte. Sie drohten mir daß ich nur mehr in Stücke nach Hause kommen werde. Sie verbanden mir die Augen, so eng es ging und fesselten mich. Sie führten mich in der Kaserne hin und her, auf und ab und endlich einem Ausgang zu, zu dem Auto und fuhren einen Feldweg entlang. Als wir am Ziel ankamen wurde ich radikal in eine Art Baracke gezogen. Ich stößte bald da und dort mit dem Kopf an die Wand. Ich mußte mich neben einen Hocker auf den Boden setzen, die Hände banden sie mir gefesselt über den Hocker hinten hinunter auf den Boden. Einer stand mir vorne auf die gebundenen, ausgestreckten Beine während einer von hinten die Hände immer tiefer gegen den Boden zog oder trieb. Einer packte meinen Hals von hinten und drückte meinen Oberkörper über den Hocker rückwärts daß ich glaubte jeden Augenblick müßte mein Körper und meine Knochen entzwei sein. Sie schlugen mir nebenbei ins Gesicht und mit den Fäusten überall hin, wo es ihnen Spaß machte. Sie lachten mit offenen Herzen, sie verspotteten mich und hießen mich dies und jedes. Es waren mindestens sechs von der Polizei unter denen selbstverständlich auch ein Deutscher. Nach langem Quälen brachten, brachten sie mich niedergemacht in das bereitstehende Auto und fuhren mich wieder in die

Karabinieri Kaserne von Bruneck. Es war früh am Morgen als es bereits graute. Ich weiß nicht wie lange das alles gedauert hatte. Wurde dann mit hassenden Händen in eine Kanzlei gebracht und banden mir die Binde von den Augen. Schwankend stand ich da fast ohnmächtig ihnen eine lange Zeit gegenüber. Ich war das reinste Spielzeug für sie. Tage lang quälte mich der Durst, mein Mund war trocken wie Staub daß ich kaum ein Wort herausbrachte. Sie fragten mich, obwohl sie es genau wußten, ob ich Durst habe? Meine Antwort war selbstverständlich mit ‚Ja‘. Sie brachten mir nach einiger Zeit ein Bier, als ich es für den größten Durst fast leerte, mußte ich feststellen daß mir schlecht, wie betäubend wurde. Es ist mir unwissentlich, wie lange ich ihnen wie ein Stück Holz zur Verfügung stand. Später wurde mir bewußt daß ich in eine Zelle gebracht wurde. Mit schwerem leidtragenem Schmerze verbrachte ich Tage und Nächte ohne Schlaf! Später wurde ich mit gebundenen Händen in eine Kanzlei geführt und durchsucht, dann nach Bozen in Gerichtsgefängnis überführt, wo ich auch öfters den Verhören zugezogen wurde. Endlich erhielt ich da meine Zelle wo ich nun meine jetzige Ruhe zu hoffen vermag. Doch all dies Geschehen ertrug ich aus Liebe und Treue zu meiner Heimat ‚Südtirol‘ und werde desto inniger und eifriger zu ihr stehen doch auch keinen Zweifel daran verlieren oder haben.

Auer Hans, geb. 9.6.1944“

Für längere Härtenheit
soll dies ein Andenken sein!
von Euren
Hans



Hans Auer im Gefängnis



Schwere Krankheit bis zu seinem Tod

Als Hans Auer zusammen mit seinen Kameraden 1969 in Bologna vor Gericht gestellt wurde, hatte er bereits Anzeige gegen seine Folterer erstattet. Dies hatte ihm eine zusätzliche Anklage wegen „Verleumdung der Carabinieri“ eingetragen. In dem Urteil, welches ihn zu 27 Jahren Haft verdammt, wurde er als Lügner hingestellt.



Der Schwurgerichtshof in Bologna, der vorgestern das drakonische Urteil im Pusterer-Prozeß fällt. Mit der grün-weiß-roten Schleife um die Schultern, erblickten die Geschworenen in den Taten der Angeklagten sogar eine Gefahr für die „Tricolore“ auf dem Brenner

Pusterer-Prozeß: Unfaßbares Urteil

Gefängnisstrafen bis zu fast 28 Jahren — Anklage nach Art. 241 aufrecht erhalten — Ein einziger Freispruch

Bologna — Nach rund siebenstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende des Schwurgerichtshofes in Bologna vorgestern gegen 17.30 Uhr ein drakonisches Urteil. Die fünf in Haft befindlichen Angeklagten wurden zu Strafen zwischen über drei und fast 28 Jahren Gefängnis verurteilt: Karoline Steger zu drei Jahren und vier Monaten, August Plänkner zu 16 Jahren und fünf Monaten, Franz Ebner zu 17 Jahren und neun Monaten, Johann Auer zu 27 Jahren und acht Monaten, David Oberholzenzer zu 27 Jahren und zehn Monaten. Der flüchtige Angeklagte Siegfried Steger erhielt gar lebenslanglich, eine Strafe, die in den bisherigen Sprengstoffprozessen noch in keinem Fall verhängt wurde. Die Verteidiger haben gegen dieses auch von der italienischen Presse (mit Ausnahme des „L'Adige“) und sogar den Nebenklagevertretern als sehr hart bezeichnete Urteil bereits Berufung eingelegt. Die Strafen sind vor allem deswegen so hoch ausgefallen, weil fünf Angeklagte unverständlicherweise des Anschlages auf die Einheit des Staatsgebietes (Art. 241 StGB) schuldig befunden worden waren.

Die Anklage nach Art. 241 schien zwar regelmäßig in allen Untersuchungsurteilen zu den Sprengstoffprozessen auf, wurde aber nur im ersten Mailänder Sprengstoffprozeß gegenüber einigen flüchtigen Angeklagten aufrechterhalten. Noch niemals wurde ein Häftling dieser schweren Straftat schuldig erkannt, obwohl es bekanntlich in anderen Prozessen um viel schwerwiegendere Attentate ging als im Pusterer-Prozeß. Immer mehr schienen die Richter in der letzten Zeit zur Einsicht gekommen zu sein, daß diese Anklage in derartigen Prozessen keine Daseinsberechtigung hat. Die Richter von Bologna aber haben durch ihr Urteil bewiesen, daß sie wirklich der Meinung sind, die paar Angeklagten hätten die Brennergrenze in Gefahr bringen können.

Allein aufgrund des Art. 241 wurde Siegfried Steger zu lebenslanglichem, vier weitere Angeklagte (Franz Ebner, David Oberholzenzer, Johann Auer und August Plänkner) zu je 13 Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage nach Art. 285 (Anrichtung eines Blutbades zum Zwecke der Gefährdung der Staatssicherheit) wurde zwar fallengelassen, doch fand man dafür im Art. 422 einen Ersatz (Gefährdung der öffentlichen Unverschrtheit durch Handlungen, welche ein „Blutbad“ zur Folge haben können). Also: Die Anklage auf „politischen Massenmord“ wurde in jene auf „gemeinen Massenmord“ abgeändert. Dafür erhielten die vorhin erwähnten Angeklagten — außer Franz Ebner — je 10 Jahre (Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 3)

Die Tageszeitung „Dolomiten“ bezeichnete den Spruch des Gerichtes in Bologna als „unfaßbares Urteil“. Dass Hans Auer

nicht im Gefängnis sterben musste, sondern nach einigen Jahren wieder zu seiner Familie heimkehren konnte, war einer Amnestie im Zuge der politischen „Paket“-Autonomielösung zu verdanken.

Bis zu seinem Tod nach schwerer Krankheit hat Hans Auer unwandelbar zu seiner Heimat und deren Recht auf Freiheit gestanden. Wir verneigen uns vor diesem großen Sohn Tirols und den großen Opfern, die er erbracht hat.

Der Abschied von dem Freiheitskämpfer Hans Auer

Am den 29. Juni, um 14 Uhr von der Kirche in Mühlen ausgehend, setzte sich ein schier endloser Trauerzug zum Trauergottesdienst um 14.30 Uhr in die Pfarrkirche von Taufers in Bewegung. Viele Mitbürger und Schützenkameraden aus dem ganzen Land sowie die Vertreter des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB) erwiesen Hans Auer die letzte Ehre.

Als einziger österreichischer Politiker war der freiheitliche Nationalratsabgeordnete und FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer nach Südtirol zu dem Begräbnis von Hans Auer angereist.

Von den Südtiroler Politikern waren Vertreter der Oppositionsparteien „Süd-Tiroler Freiheit“ und der „Freiheitlichen“ erschienen.

Die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP), einst eine Sammelpartei aller Südtiroler, glänzte durch Abwesenheit.

Über Verabschiedung des Freiheitskämpfers Hans Auer hat **Werner Neubauer** einen ehrenden Bericht verfasst, welcher nachstehend auszugsweise wiedergegeben ist:

„Die Kirche in Taufers hatte wohl schon lange nicht mehr solchen Zustrom erfahren. Sie war zum Bersten voll und vor den Toren standen in Schweigen gehüllt, noch hunderte Menschen, um

einen aus ihrer Gemeinde, Johann Auer, den „Jösile Hons“, in würdigem Rahmen auf seinem letzten Weg zu verabschieden.



Die Kirche konnte die Trauergäste nicht fassen. Noch auf dem Vorplatz standen hunderte Menschen. Foto: W. Neubauer

Alle Angehörigen der Familie Auer waren anwesend, als Sohn Hannes den Nachruf seines Vaters in der Kirche zu Gehör brachte. In bewegenden Worte schilderte er die schweren Jahre vom Zeitpunkt der Geburt im Jahr 1944 und der Nachkriegszeit in Südtirol.

Unter den Trompetenklängen des „Ich hatte‘ einen Kameraden“ und der „Tiroler Landeshymne“ verabschiedete die so zahlreich erschienene Trauergemeinde ihren großen Tiroler am Kirchen-Friedhof. Unter den Trauergästen befanden sich auch zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Politik. **Aus Südtirol nahmen Eva Klotz LAbg. a.D., der LAbg. Bernhard Zimmerhofer sowie Landesparteiobmann der Freiheitlichen, Andreas Leiter-Reber, Dr. Florian von Ach, F-Generalsekretär, Ex-LAbg. Pius Leitner und der Obmann des Südtiroler Heimatbundes, Roland Lang an den Trauerfeierlichkeiten teil.**

Der freiheitliche Südtirol Sprecher NR Werner Neubauer war zu

diesem Anlass aus Österreich angereist. Zahlreiche Abordnungen von Schützenverbänden gaben ihrem Schützenkameraden das letzte Geleit.



Als einziger österreichischer Politiker war der FPÖ-Südtirolsprecher und Nationalratsabgeordnete Werner Neubauer zu der Verabschiedung des Freiheitskämpfers Hans Auer erschienen. Der Abg. Neubauer ist auch Mitglied der Südtiroler Schützenkompanie Gries.

Es ist eine Schande des offiziellen Südtirols, keinen namhaften Vertreter zur Verabschiedung Hans Auers entsandt zu haben.

Es war das Verdienst der Männer und Frauen um Sepp Kerschbaumer, Hans Auer, Luis Amplatz und Georg Klotz, dass in diesem Land die deutsche Volksgruppe heute einigermaßen in Frieden leben kann. Dies hat letztlich auch der ehemalige Landeshauptmann Magnago zur Kenntnis nehmen müssen.

Wir verneigen uns vor diesem großen Sohn Tirols und den großen Opfern, die er erbracht hat.

Sein Leben für seine Heimat ist uns allen Auftrag und Verpflichtung.“



Foto: W. Neubauer



Foto: W. Neubauer

**Der Faschismus lebt –
Hoffentlich bringt die neue
Regierung eine Wende!**

Italien – wie es bisher sang und lachte

In Rom wurde am 13. Juni 2018 durch den Gemeinderat Roms beschlossen, eine Straße nach dem Alt- und Neofaschisten Giorgio Almirante zu benennen – Nach heftigen Protesten der Jüdischen Gemeinde ruderte die Bürgermeisterin Raggi zurück und hob den Beschluss auf



Vita Culturale

La Comunità di Roma è la più antica comunità ebraica del mondo occidentale e vanta una ininterrotta presenza nella città da oltre 2000 anni.

Testimonianze della vitalità della presenza degli israeliti nella capitale d'Italia sono ovunque, e recentemente la Cultura Ebraica vive un particolare fermento.



Die Jüdische Kultusgemeinde der Stadt Rom musste erst heftig protestieren, bis die römische Bürgermeisterin Raggi den schändlichen Beschluss des Gemeinderates wieder kippte. In Bozen hingegen gibt es bis heute mit faschistischer Vergangenheit belastete Straßennamen, welche nicht angetastet werden.

Am 15. Juni 2018 berichtete das Internetportal [UNSER TIROL 24](#):

Rom schafft faschistische Straßennamen ab – SHB erfreut

Dass bei faschistisch klingenden Straßennamen in Italien oft mit zweierlei Maß gemessen werde, sei offensichtlich. Zu dieser Ansicht ist der Südtiroler Heimatbund gelangt, als er die Geschehnisse zur Straßenbenennung in Rom mit jener in Bozen verglichen hat.

Giorgio Almirante zählte als Südtirol-Hasser und Rassist – In Rom wurde für einige Stunden eine Straße nach Giorgio Almirante benannt. Der römische Stadtgemeinderat segnete diesen Entschluss dank der Stimmen von Fratelli d'Italia und der Fünf-Sterne-Bewegung ab. Almirante war nicht nur ein Faschist, sondern auch ein Südtirol-Hasser erster Güte und ein

Rassist. Almirante war einer der zehn Unterzeichnern des Manifests der rassistischen Wissenschaftler im Jahre 1938, mit dem in Italien die Verfolgung jüdischer Mitbürger begründet wurde.



Dieses Bild zeigt Giorgio Almirante mit dem faschistischen Gruße nicht etwa zur Zeit Mussolinis, sondern in der Nachkriegszeit bei einer Wahlveranstaltung der neofaschistischen Partei „Movimento Sociale Italiano“ (MSI).
Foto: SHB

LA DIFESA DELLA RAZZA



ANNO V - NUMERO 9

5 MARZO 1942 - XX

ESCE IL 5 E IL 20 DI OGNI MESE
UN NUMERO SEPARATO LIRE 1
ABBONAMENTO ANNUO LIRE 20
ABBONAMENTO SEMESTRALE " 12
ESTERO IL DOPIO

Direttore: TELESIO INTERLANDI

Comitato di redazione:

prof. dott. GUIDO LANDRA - prof. dott. LIDIO CIPRIANI
segretario di redazione: GIORGIO ALMIRANTE

A PALAZZO VENEZIA

Il Duce ha ricevuto Telesio Interlandi, che gli ha riferito su "La Difesa della Razza" che egli dirige. Il Duce ha preso atto con soddisfazione dell'andamento della rivista e ne ha approvato l'indirizzo.

riproduciamo qui - per i molti che lo hanno dimenticato - il manifesto del Razzismo italiano, che fu pubblicato il 15 luglio 1938 - XVI e che a tutt'oggi costituisce in materia l'unico orientamento di carattere ufficiale

RAZZISMO ITALIANO

Un gruppo di studiosi fascisti docenti nelle Università italiane sotto l'egida del Ministero della Cultura Popolare ha fissato nei seguenti termini quella che è la posizione del Fascismo nei confronti dei problemi della razza:

TORINO Anno 72 Num. 265 Ogni numero 20 centesimi

LA STAMPA

VENE 11 Novem Anno

e leggi per la difesa della razza

L'EBREO NON PUO': Prestare servizio militare, dirigere grandi aziende, possedere terre con superiore a 5.000 lire o case con oltre 20.000 lire di imponibile, avere pers servizio ariane, avere impieghi statali o parastatali o nelle banche di in nazionale o nelle imprese private di assicurazione, frequentare le scuole

Consiglio dei Ministri ha inoltre deciso che il matrimonio con non ariani

TESTO DEI DECRETI

La legge

Die faschistische Zeitschrift „La Difesa della Razza“ („Die Verteidigung der Rasse“) veröffentlichte das auch von Giorgio Almirante unterzeichnete Manifest, welches die Grundsätze für die italienische Rassengesetzgebung festlegte. Bald folgten die Rassengesetze (hier in der Tageszeitung „La Stampa“ veröffentlicht), welche vor allem die Juden diskriminierten und weitgehend rechtlos machten. Bald sollten Verfolgungsmaßnahmen,

Inhaftierungen und todbringende Maßnahmen folgen. Es ist daher wahrlich kein Wunder, dass die Jüdische Gemeinde Roms vehement gegen die posthume Ehrung des Giorgio Almirante protestierte.

Auch die beim Votum durch ihre Abwesenheit glänzende Bürgermeisterin Raggi begrüßte die Entscheidung zuerst ausdrücklich, ruderte dann aber nach heftigen Protesten sofort zurück. Gott sei Dank wurde dieser Beschluss dann sofort wieder aufgehoben. Das ist sowohl ein Zeichen europäischer Reife als auch ein Sieg der Vernunft.

Bozen soll Beispiel Roms folgen

In Bozen gibt es etwa mit der dem faschistischen Militärkaplan gewidmeten Reginaldo-Giuliani- oder der Amba-Alagi-Straße viele Straßenbezeichnungen faschistoider Herkunft, die mit geografischen Toponymen oder Protagonisten an das menschenverachtende System erinnern, so der SHB

Renzo Caramaschi, seines Zeichens Bozens Bürgermeister, sollte nach Ansicht des Heimatbundes dem Beispiel Roms folgen und alle faschistisch klingenden Straßenbezeichnungen in der Südtiroler Landeshauptstadt annullieren. Aber vermutlich sei er mit dem Betrachten der Rechnung, was die Sanierung des Markuslöwen und der römischen Wölfin für den Steuerzahler gekostet habe, zu sehr beschäftigt. (*Anmerkung: Faschistische Denkmäler, welche der italienische Bürgermeister Bozens derzeit restaurieren lässt.*) Somit habe er keine Zeit für diesen demokratischen und überfälligen Akt, mutmaßt Lang.

Soweit der Bericht von UNSER TIROL 24. Wir dürfen dazu ergänzen:

Der Faschismus lebt in Italien



Das faschistische „Siegedenkmal“ in Bozen, dessen Säulen aus faschistischen Liktorenbündeln bestehen, dem damaligen Parteisymbol des „Partito Fascista“. Man stelle sich vor, in Österreich oder Deutschland würden heute noch mit Hakenkreuzen geschmückte Denkmäler stehen!

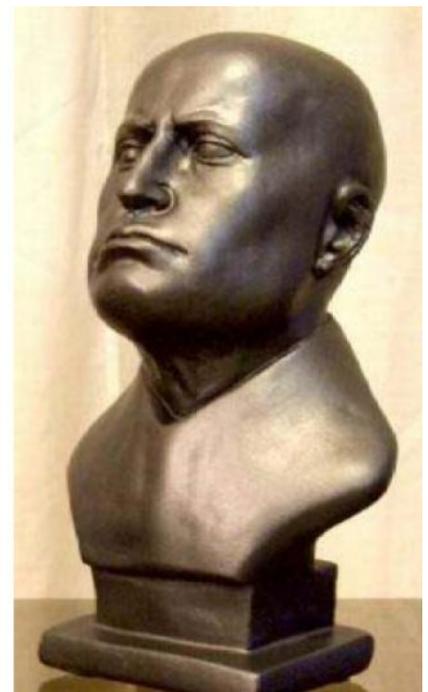
Abgesehen davon, dass Südtirol bis heute einen wahren Saurier-Jurassic Park faschistischer Denkmäler beherbergt, findet in Italien auch sonst eine laufende Verherrlichung des Faschismus statt. Einschlägige Strafgesetze werden mit südländischer Heiterkeit und Leichtigkeit nicht angewendet.



Jedes Jahr sind reich bebilderte Mussolini-Kalender und CD's mit faschistischen Kampfgesängen an den Zeitungskiosken und in Läden erhältlich.



Es werden „Canti Fascisti“ („Faschistische Lieder“) verkauft. Diese CD beinhaltet faschistische Hymnen, wie „Duce, Duce“ oder „Facetta Nera“, das Marschlied der faschistischen Milizionäre anlässlich des Italienisch-Äthiopischen Krieges 1935.



Ebenso werden Mussolini-T-Shirts, Mussolini-Wein und Mussolini-Statuetten öffentlich zum Verkauf angeboten. Am 11. Juni 2016 griff die Paolo Berlusconi, dem Bruder des ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, gehörende **italienische Tageszeitung „Il Giornale“** (Auflage täglich 140.000 Stück), zu einer besonderen Werbemaßnahme. Sie legte ihrer Wochenendausgabe **Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“** bei.

*Die kostenlose Beilage von **Hitlers Buch „Mein Kampf“** in der Berlusconi-Tageszeitung „Il Giornale“ hat für Empörung und Polemiken gesorgt.*

Die Samstagsausgabe der Zeitung ‚Il Giornale‘, die dem Bruder des ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi gehört, wurde an den Kiosken landesweit mit einer kommentierten Ausgabe des Werks von 1925 verkauft. Die jüdische Gemeinde in Italien verurteilte die Aktion als „unverschämte“. Sie sei „Lichtjahre“ davon entfernt, zur historischen Aufklärung über die Shoah



chefs und früherer Ministerpräsident: Silvio Berlusconi, u. Veröffentlichung folgte mitten im Wahlkampf Mailänder Bürgermeisterkandidat Demokratischen Partei (PD), Giulio Sala, sprach Schande und ein

Aus „Neue Südtiroler Tageszeitung“.

Dass dieses, von „Il Giornale“ nun auch am Kiosk vertriebene Buch und sein Verfasser sich in nationalistischen Kreisen Italiens großer Beliebtheit erfreuen, ist verständlich. Man muss nur die Südtirol herabsetzenden Passagen in dem auch sonst schwer genießbaren Bekenntniswerk Hitlers lesen. Italienische Neofaschisten und Super-Nationalisten haben wahrlich allen Grund, „Adolfo“ als ihren großen Freund zu feiern.

Den Tupfen auf das I setzte die **italienische Tageszeitung „Il Tempo“**, als sie am 30. Dezember 2017 den „Duce“ **Benito Mussolini** zum „uomo dell’anno“ – zum „Mann des Jahres“ kürte und diese Wahl groß auf der Titelseite präsentierte. Er sei viel lebendiger gegenwärtig, als die derzeitigen italienischen Politiker, hieß es dazu in dem Leitartikel. Unnötig zu sagen, dass auch diese Verherrlichung unbestraft blieb.



IL TEMPO



QUOTIDIANO INDIPENDENTE

Sabato 30 dicembre 2017 € 1,20

S. Eugenio
Anno LXXX - Numero 258

Direttore, Redazione, Amministrazione (02) 77 70 00 - Piazza Cavour 200, tel. (02) 77 70 001 * Abbonamenti e vendite a parte. Il Tempo - Corriere di Week-end €1,20
a Roma e prov. Il Tempo - Corriere di Week-end €1,20 - A Lodi e prov. Il Tempo - L'Espresso Oggi €1,40
a Firenze e prov. Il Tempo - L'Espresso Oggi €1,40 - A Taranto e prov. Il Tempo - Corriere dell'Interno €1,20

www.iltempo.it
e-mail: direzione@iltempo.it

Legge Fiano, caccia ai siti web, monumenti da abbattere
Bagnini linciati, cimiteri off limits, calciatori alla gogna
Per coprire il loro nulla partiti e media riesumano il Duce

L'uomo dell'anno



È molto più vivo Lui
dei nostri politicanti

Öffentlichen Protest dagegen erhob in Presseaussendungen **Roland Lang**, der Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB), einer von ehemaligen Südtiroler politischen Häftlingen gegründeten Vereinigung, welche das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol fordert.



Er demonstrierte auch mit einem Plakat „**Il Sudtirolo non è Italia**“ – „**Südtirol ist nicht Italien**“ – vor dem Kolosseum in Rom. Bilder dieser Aktion wurden in zahlreichen italienischen Medien veröffentlicht und brachten das Südtiroler Anliegen einer breiten italienischen Öffentlichkeit zur Kenntnis.

Weitere Informationen des SHB finden sich auf dessen Internetseite: suedtiroler-freiheitskampf.net

Eine wichtige Dokumentation des Südtiroler Schützenbundes (SSB)

Auch dem „**Südtiroler Schützenbund**“ (SSB) ist es ein Anliegen, über den „**lebendigen Faschismus in Südtirol**“ aufzuklären. Er hat darüber eine Dokumentation veröffentlicht, welche [>hier<](#) geöffnet und heruntergeladen werden kann.

Weitere Informationen des SSB finden sich auf dessen Internetseite: schuetzen.com

Hoffnungen auf die neue Regierung und auf Freunde in Italien

In Südtirol wie auch in Österreich hat man die Hoffnung, dass sich die Verhältnisse unter der neuen Regierung bestehend aus der „5 Sterne Bewegung“ und der „Lega“ verbessern beziehungsweise normalisieren.

Die Regierung hat immerhin angekündigt, der Masseneinwanderung nach Europa Einhalt gebieten zu wollen und vor allem die „Lega“ hat in Richtung Südtirol erklärt, Verständnis für Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen zu haben. Dies wäre eine Politik, die in diametralem Gegensatz zu allen bisherigen alt- und neofaschistischen Positionen stehen würde. Diese Haltung würde aber auch der Gesinnung vieler Italiener entsprechen, die in Umfragen bereits kundgetan haben, dass sie mit einem „Los von Rom“ der Südtiroler einverstanden sind.

Im Jahre 2014 hat das Meinungsforschungsinstitut/Istituto Sondaggi DEMETRA in einer italienweiten repräsentativen Umfrage folgende Frage gestellt:

„In der Provinz Bozen wird vielfach der Wunsch nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes geäußert. Sind Sie damit einverstanden, dass die Bevölkerung der Provinz Bozen mit einem Referendum auf friedliche und demokratische Weise über ihre Selbstbestimmung entscheiden kann?“

71,8 Prozent der Befragten haben darauf mit „JA“ geantwortet!

„Er brachte Licht in das dunkle Kapitel der Sechzigerjahre“

Anerkennung für einen verdienten österreichischen Historiker – Der Südtiroler Heimatbund (SHB) ehrt Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner anlässlich seines 60. Geburtstags:

Mag. Dr. Hubert Speckner ist Historiker und zugleich Oberst des österreichischen Bundesheeres. Er lehrt an der Landesverteidigungsakademie in Wien.



Mag. Dr. phil. Hubert Speckner

Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) ist eine von ehemaligen politischen Häftlingen und Südtiroler Freiheitskämpfern gegründete Vereinigung, welche sich dem Dienst an der Heimat verpflichtet fühlt und für das grundlegende Menschenrecht auf Selbstbestimmung eintritt.

Am 15. März feierte der **österreichische Historiker Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner** in Bozen seinen 60. Geburtstag.

Es gratulierten ihm vor Ort der Heimatbundobmann Roland Lang,

der Vizeobmann Luis Pixner sowie Cristian Kollmann. In Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistung überreichten sie ihm ein Ölgemälde, darstellend Andreas Hofer im Kreise seiner engsten Mitstreiter Kajetan Sweth, Josef Speckbacher und Joachim Haspinger.



l. n. r.: Sylvia Speckner, Hubert Speckner, Roland Lang, Luis Pixner, Cristian Kollmann

In einer Presseausendung des SHB hieß es dazu:

„Mag. Dr. phil. Hubert Speckner, geboren am 15. März 1958 in Melk an der Donau, studierte Geschichte und Germanistik in Innsbruck, Graz und Wien und ist Träger des Ludwig-Jedlicka-Gedächtnispreises.

Speckners Monographien *Zwischen Porze und Roßkarspitz ... : der „Vorfall“ vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten* (Wien 2013) und *Von der „Feuernacht“ zur „Porzescharte“ ... : das „Südtirolproblem“ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten* (Wien 2016) erregten große Aufmerksamkeit. Sie sind das Ergebnis und der Ertrag disziplinierter langjähriger,

umfassender Studien der Akten des Österreichischen Staatsarchivs sowie von Akten des österreichischen Innen- und Außenministeriums, die nicht frei zugänglich sind. Der Autor deckte auf, dass besonders der Vorfall auf der Porzescharte von italienischer Seite immer wieder dazu benutzt wurde, um die Freiheitskämpfer als Mörder hinzustellen.

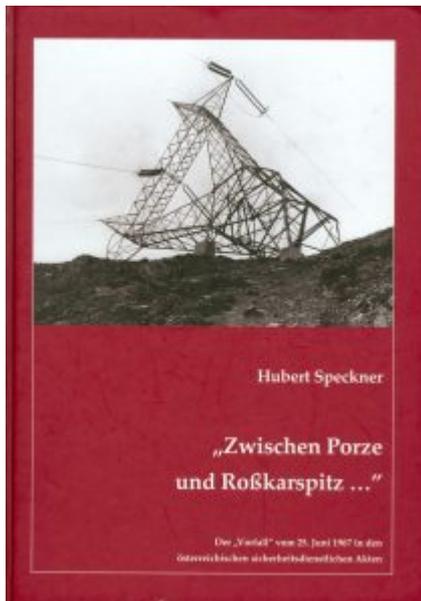
Speckners Bücher über die Sechzigerjahre sind eine akribische Aufarbeitung der damaligen Zeit und fußen auf amtlichen Dokumenten in österreichischen Archiven. Dank seiner fundierten Recherchen kann Speckner als einer jener wenigen zeitgenössischen Historiker angesehen werden, die noch forschen und nicht nur von Kollegen abschreiben. Denn so manche Frage an mich betraf den einen oder anderen Sprengstoffanschlag in den Sechzigerjahren. Speckner war unentwegt auf der Suche nach zusätzlichen Auskünften, nach Zeitungsberichten und Zeitzeugen. Hubert und seine Frau Sylvia sind bodenständige Menschen, mit denen man gerne zusammensitzt. Neben Speckners Büchern haben auch seine zahlreichen Vorträge besonders jungen Südtirolern viel Wissenswertes über die damaligen Geschehnisse vermittelt.

Roland Lang

Obmann des Südtiroler Heimatbundes“

Speckners Aufsehen erregende Forschungsergebnisse:

„Zwischen Porze und Roßkarspitz ...“: Enthüllungen über den „Anschlag“ auf der Porzescharte



Im Jahre 2013 hatte ein Werk des Autors Aufsehen erregt. In einer Dokumentation namens „Zwischen Porze und Roßkarspitz ...“, welche sich auf bislang nicht bekannte Akten und Dokumentarfotos der österreichischen Sicherheitsdienste stützte, hatte Speckner akribisch nachgewiesen, dass ein angeblicher Anschlag österreichischer „Täter“ auf der Porzescharte mit vier italienischen Opfern am 25. Juni 1967 nicht so stattgefunden haben konnte, wie es die offiziellen italienischen Darstellungen schilderten.

Damals, im Jahre 1967, zur Zeit der Ereignisse auf der Porzescharte an der österreichisch-italienischen Grenze war die österreichische Bundesregierung unter dem Kanzler Dr. Josef Klaus an einer tatsächlichen Aufklärung nicht interessiert gewesen, hatte sie doch unter dem Druck des italienischen Vetos gegen einen EWG-Beitritt Österreichs gestanden, welches nur aufgehoben werden sollte, wenn die österreichische Regierung sich allen Wünschen Roms beugte.

Also hatte man damals drei von den Italienern beschuldigte Österreicher verhaftet und vor Gericht gestellt. Dort konnten sich diese allerdings freibeweisen. Sachverständige stellten zudem fest, dass auch aus Gründen des Zeitablaufs diese Personen nicht als Täter in Frage kommen konnten.

DOMENICA DEL CORRIERE

Settimanale del CORRIERE DELLA SERA Anno 69 - N. 29 - L. 100 - 11 luglio 1967

ALTO ADIGE

CHI SONO GLI ASSASSINI DEI NOSTRI 4 SOLDATI

Interviste col
ministro Taviani
e con Magnago
presidente della S.V.P.

Ezio Benetti:
Guerra e miliardi
sulla via
del tabacco

Alberto Cavallari:
L'ESODO
DEGLI ARABI

LUI LEI
E PAPA'
Il caso
di Rita Pavone



Disegno di Uggeri

Die offizielle italienische Version des Ereignisses auf der Porzescharte wurde von den italienischen Medien willig aufgenommen. „Wer sind die Mörder unserer 4 Soldaten“, fragte

die Zeitschrift „Domenica del Corriere“. Im Inneren des Blattes wurde die Antwort gegeben: Natürlich die „terroristi“!

Speckner hatte nun – viele Jahre später – die im Österreichischen Staatsarchiv aufgefundenen Aktenbelege noch durch Ortsbegehungen und weitere Sachverständigenuntersuchungen ergänzt, welche den damaligen in Wien erfolgten gerichtlichen Freispruch eindeutig bestätigten.

Tatsache ist, dass die vom Osttiroler Bezirksauptmann Dr. Othmar Doblander unmittelbar nach dem Ereignis festgestellte „Tatort“-Beschreibung nicht mit dem Ergebnis der neun Tage später erfolgten „Tatort“-Untersuchung durch eine gemischt österreichisch-italienische Kommission übereinstimmt. Somit war in der Zwischenzeit der „Tatort“ geschaffen worden.

Rechtswidrig war, dass der von Dr. Doblander verfasste und an den Sicherheitsdirektion von Tirol, Herrn Dr. Peterlunger gesandte, die angeblichen Täter entlastende „Tatort“-Bericht aus politischen Gründen weder dem Justizminister und schon gar nicht dem in Wien tagenden Gericht vorgelegt wurde.

Es bleibt somit der bereits damals schon von Zeitzeugen geäußerte Verdacht, dass hinsichtlich des behaupteten Geschehens eine italienische Geheimdienstmanipulation vorlag, wonach Opfer einer italienischen militärischen Verminungsübung der Öffentlichkeit als Opfer blutrünstiger „Südtirol-Terroristen“ präsentiert wurden. Der damalige, parteiunabhängige österreichische Justizminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Klecatzky nannte 2010 als Verursacher des Vorfalls eine „inneritalienische Manipulation“. Der renommierte Präsident der Belluneser Anwaltskammer, Dott. Peppino Zangrando kam nach jahrelangen Recherchen ebenfalls zum Ergebnis, dass der Vorfall auf der Porzescharte sich so nicht zugetragen haben kann, wie von Italien offiziell dargestellt wird.



Das Buch in italienischer
Übersetzung

Dieses Buch sorgte nicht nur in Südtirol und allen Fachkreisen in Österreich und Deutschland für Aufsehen. Es wurde auch ins Italienische übersetzt und trägt vor allem in Südtirol und im Trentino dazu bei, dass auch italienische Mitbürger sich ein Bild abseits der damaligen offiziellen staatlichen Propaganda Roms machen können.

Hubert Speckner: „Zwischen Porze und Roßkarspitz ...“ (Wien Verlag Gra&Wis 2013; ISBN 978-3-902455-21-5)

**„Von der Feuernacht zur Porzescharte“:
Italienische Geheimdienste hatten bei
„verwerflichen“ Anschlägen die Hand im
Spiel**

Dass es in der heißen Zeit der Anschläge der 1960er Jahre noch eine ganze Reihe offenkundiger Geheimdienstmanipulationen zu Lasten der Freiheitskämpfer gegeben hat, enthüllte Mag. Dr. Speckner 2016 in einem neuen Werk mit dem Haupttitel „Von der Feuernacht zur Porzescharte“ und dem Untertitel „Das ‚Südtirolproblem‘ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten“.



Speckner hatte auch diesmal Zugang zu allen relevanten und Jahrzehnte lang geheimen sicherheitsdienstlichen Unterlagen der Republik, welche sich mit Anschlägen in Südtirol während der Zeit des Freiheitskampfes befassten. Das Ergebnis seiner Aktenauswertung war sensationell: Bei einer ganzen Reihe von Anschlägen, welche gezielt auch Zivilbevölkerung in Gefahr gebracht hatten oder hätten bringen können, hatten offenbar italienische „Dienste“ ihre Hand mit im Spiel gehabt. Hier war es darum gegangen, die „terroristi altoatesini“ als gewissenlose und verruchte Täter darzustellen, welche auf die Vernichtung von Menschenleben abzielten.



Tragische Unfälle, denen Menschenleben zum Opfer gefallen waren, wurden nachträglich in „Terroranschläge“ umgewandelt. In anderen Fällen ließ sich eine provokatorische Steuerung im Hintergrund erkennen.

Speckner dokumentierte auch Anschläge, die von italienischen Neofaschisten verübt worden waren und bei denen versucht worden war, sie Österreichern in die Schuhe zu schieben, welche von der italienischen Propaganda gleichzeitig als „Nazis“ abgestempelt wurden.

Hubert Speckner: „Von der ‚Feuernacht‘ zur ‚Porzescharte‘. Das ‚Südtirolproblem‘ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten“ (Wien Verlag Gra&Wis 2016; ISBN 978-3-902455-23-9)

—

Über die wissenschaftliche Leistung des Historikers Mag. Dr. Speckner hat der Historiker und Publizist Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Olt dankenswerter Weise eine Abhandlung zur Verfügung

gestellt, die auch schon in einem früheren SID wiedergeben wurde und [hier abrufbar](#) ist.

Das Ringen um die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler:

Der Aufstand der SVP-Altmandatare mit dem ehemaligen Landeshauptmann Durnwalder an der Spitze

Bereits vor dieser Aktion hatte die Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten – darunter 7 Abgeordnete der SVP – in einem Schreiben die Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler gefordert. Zahlreiche Südtiroler und Nordtiroler Persönlichkeiten hatten dies seitdem unterstützt.



FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache (links) und der FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer

In Österreich hatten der **FPÖ-Parteiobmann Heinz Christian Strache** und sein **FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer** nie ein Hohl daraus gemacht, dass die Anliegen der Südtiroler auch für sie Herzensanliegen sind.

Seit Jahren war die FPÖ für die Ermöglichung der **doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler** eingetreten. Dies kann laut staatsrechtlicher Gutachten durch **eine einfache Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes** verwirklicht werden. Es braucht dazu keine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Als in Südtirol diese Frage öffentlich erörtert wurde, haben der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP) und der Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP), Philipp Achammer, unverständlicher Weise eine ablehnende Haltung gezeigt. In der SVP gingen daraufhin die Wogen hoch. Es brach Empörung aus.

Das Internet-Nachrichtenportal „[Unser Tirol 24](#)“ enthüllte am 28. November 2017:

POLITIK SÜDTIROL

Paukenschlag: SVP-Altmandatäre bitten bei Staatsbürgerschaft um Zustimmung

By fe • November 28, 2017

Nachdem sich die Mehrheit der Abgeordneten zum Südtiroler Landtag in einem Brief an ÖVP-Chef Sebastian Kurz und Heinz Christian Strache (FPÖ) für die doppelte Staatsbürgerschaft ausgesprochen haben, legen die Altmandatäre der Südtiroler Volkspartei nach. In einem Schreiben an Wien bitten 25 ehemalige Volksvertreter bei der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler eindringlich um Zustimmung. Darunter namhafte Personen wie Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder, Siegfried Brugger, Bruno Hosp und Franz Pahl. Somit sprechen sich fast alle Größen der SVP für die Umsetzung dieses Vorhabens aus.



Dem SID liegt das Schreiben der SVP-Altmandatare vor:

An Herrn
Bundes-Parteibmann
der Freiheitlichen Partei Österreichs
NR Heinz Christian Strache

Sehr geehrter Herr Bundesparteibmann,

die unterzeichnenden ehemaligen Mandatäre der Südtiroler Volkspartei wenden sich im Zusammenhang mit den laufenden Koalitionsverhandlungen an Sie mit dem Ihnen bekannten Anliegen, interessierten Südtirolern wieder die österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Die Südtiroler sind Altösterreicher, die die österreichische Staatsbürgerschaft gegen ihren Willen durch die Annexion Südtirols an Italien verloren haben. Es ist darum ein sehnlicher Wunsch vieler Südtiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft als Zeichen ihrer Verbundenheit mit dem historischen Vaterland Österreich wiederzuerlangen.

Südtirol wurde 1919 gegen seinen Willen von Österreich getrennt. Die Südtiroler gingen damit auch der österreichischen Staatsbürgerschaft verlustig. Sie mussten auch nach 1945 trotz aller Bemühungen Österreichs und gegen ihren ausdrücklichen Willen bei Italien verbleiben. Dies stellt ein historisches Unrecht dar.

Im Unterschied dazu konnten andere Altösterreicher nach 1919 bzw. nach der Auflösung Ex-Jugoslawiens eigene Nationalstaaten gründen und ihren Bürgern eine ihnen gemäße Staatsbürgerschaft verleihen.

Italien hat seinerseits bereits vor Jahren in weitherziger Weise allen Auslandsitalienern in der ganzen Welt das Recht auf den italienischen Pass eingeräumt. Beispielsweise können nun slowenische, kroatische oder bosnische Staatsbürger italienischer Herkunft wieder den italienischen Pass beantragen.

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler wäre folglich auch eine Frage der Gegenseitigkeit. Die österreichische Staatsbürgerschaft neben der italienischen würde für viele Südtiroler ein Zeichen einer besonderen Verbindung des Vaterlandes zur österreichischen Minderheit in Italien darstellen. Die Südtiroler ihrerseits würden durch die auf Antrag erfolgende Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ihre österreichische Identität und Verbundenheit mit dem Vaterland Österreich im europäischen Geist symbolisch-sichtbar zum Ausdruck bringen können.

Ähnlich wie Italien, haben auch viele andere europäische Staaten längst ähnliche Regelungen getroffen wie Bosnien und Kroatien, Portugal oder Spanien, das inzwischen auch den unter der Diktatur ausgebürgerten Exilspaniern wieder die spanische Staatsbürgerschaft verliehen hat.

Die Republik Österreich kann durch einen souveränen Akt dem analogen italienischen Beispiel folgen und dem sehnlichen und berechtigten Wunsch vieler Südtiroler entsprechen. Das würde als wertvolle und weitsichtige Geste europäischer Offenheit verstanden werden und die Freundschaft und das Zusammenwirken der beiden Staaten verstärken.

Bozen, den 24. 11. 2017

Unterzeichner

[Handwritten Signature]
Karl Schmid
[Handwritten Signature]
H. Feichter
[Handwritten Signature]
Richard Memner
[Handwritten Signature]
Bernhard
[Handwritten Signature]
Maria Betalini
[Handwritten Signature]
Matthias Ladurner
[Handwritten Signature]
Angela Valentin
[Handwritten Signature]
Sera Koss
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]

[Handwritten Signature]
Hans Benediktter
[Handwritten Signature]
Dr. Hans Anton Zingerle
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
Florian Köfler
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
F. Selber
[Handwritten Signature]
Ilse
[Handwritten Signature]
Homer Frick
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]

Zu den Unterzeichnern gehören folgende ehemalige Amtsträger und Mandatäre der Südtiroler Volkspartei (SVP):



Alt-Landeshauptmann
Luis Durnwalder

Dr. Luis Durnwalder (Alt-Landeshauptmann, Landesrat, Mitglied der Regionalregierung, Direktor des Südtiroler Bauernbundes, Parteiobmann-Stv. der SVP, Ehrenmitglied der Schützenkompanie Pfalzen)

RA DR. Siegfried Brugger (Ehemaliger Obmann der SVP, Mitglied der römischen Abgeordnetenversammlung, Landtagsabgeordneter, Mitglied der Sechser- und Zwölferkommission zum Autonomiestatut)

Elmar Pichler Rolle (Ehemaliger Obmann der SVP, Landesrat, Landtagsabgeordneter, Vizebürgermeister von Bozen)

Dr. Bruno Hosp (Ehemaliger Generalsekretär der SVP, SVP-Ortsobmann, Landesrat, Landtagsabg., Bürgermeister, 2.Vorsitzender der FUEV – Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen)

Dr. Hans Benedikter (ehemaliges Mitglied der italienischen Abgeordnetenversammlung, Mitglied des Europarates, Bürgermeister der Gemeinde Prettau, Landesjugendreferent der Jungen Generation der SVP)

Dr. Alois Kofler (ehem. Landesrat, Landtagsabg., Mitglied des römischen Senats, Bürgermeister der Gemeinde Sarntal)

Dr. Karl Ferrari (ehem. Mitglied des römischen Senats)

Sepp Mayr (ehem. Landesrat, Landtagsabg., SVP-Bezirksobmann)

Dr. Michl Laimer (ehem. Landesrat und Landtagsabg.)

Dr. Siegfried Messner (ehem. Landesrat und Landtagsabg., SVP-Bezirksobmann)

RA Dr. Werner Frick (ehem. Landesrat und Landtagsabg., Direktor des HGV-Südtiroler Hotelier- und Gastwirteverbandes, Direktor des HDS-Südtiroler Handels- und Dienstleisterverbandes)

Dr. Hugo Valentin (ehem. Landesrat und ladinischer Landtagsabg., Präsident eines ladinischen Kulturinstituts)

Franz Alber (ehem. Landesrat und Landtagsabg., Bürgermeister von Meran)

Dr. Franz Pahl (ehem. Vizepräsident der Regionalregierung, Regionalratspräsident, Landtagsabgeordneter, SVP-Bezirksobmann, Landesjugendsekretär der Jungen Generation in der SVP)

Roland Atz (ehem. Vizepräsident der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter, Stadtrat der Gemeinde Bozen)

Mathias Ladurner (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter)

Franz Bauer (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister der Gemeinde Latsch)

Dr. Luis Zingerle (ehem. Präsident des Regionalrates, Landtagsabgeordneter, Stadtrat der Gemeinde Brixen, SVP-Bezirksobmann)

Zeno Giacomuzzi (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Bürgermeister von Brixen)

Franz Demetz (Ladinischer Landtagsabgeordneter, Bürgermeister der Gemeinde St. Christina in Gröden, Stellv. Obmann der Südtiroler Volkspartei)

Dr. Hans-Peter Munter (ehem. Landtagsabgeordneter, Direktor des Südtiroler Handwerkerverbandes)

Arthur Feichter (ehem. Landtagsabgeordneter, Obmann des Südtiroler Bauernbundes, Ortsobmann der SVP)

Georg Pardeller (ehem. Landtagsabgeordneter, Leitender Sekretär des ASGB-Autonomer Südtiroler Gewerkschaftsbund)

Maria Bertolini (ehem. Landtagsabgeordnete)

Martina Ladurner (ehem. Landtagsabgeordnete)

„Das historische Fenster ist geöffnet“



Sven Knoll

Am 28. November 2017 stellte dazu der **Südtiroler Landtagsabgeordnete Sven Knoll** von der „Süd-Tiroler Freiheit“ in einer Presseerklärung fest:

„Nach dem Ansuchen der Mehrheit der Süd-Tiroler Landtagsabgeordneten ist damit eine weitere ganz klare Willensbekundung ergangen. Nun ist das historische Fenster zur

Umsetzung geöffnet.

*Die Petition der SVP-Funktionäre, vor allem aber die Unterstützung durch Alt-Landeshauptmann Durnwalder kann nicht länger ignoriert werden. Das Signal an Wien ist eindeutig: **Süd-Tirol wünscht sich die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft!***

In Süd-Tirol haben sich alle deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für die Möglichkeit einer österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft ausgesprochen, auch Vertreter der Gewerkschaft, Vereinsvorstände und die Schützen aus ganz Tirol unterstützen das Anliegen.

Die doppelte Staatsbürgerschaft wäre für Süd-Tirol von unschätzbarem Wert, sie würde die Verbindungen zu Österreich stärken, die Tiroler Landesteile einander näher bringen und die Süd-Tirol-Autonomie nachhaltig festigen.

Es ist dies nun die historische Chance für Süd-Tirol, mit vereinten Kräften die doppelte Staatsbürgerschaft umzusetzen.“

Die Enthüllung der „Dolomiten“: Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten fordert Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft

Vorangegangen war dem Brief ein ebenso **spektakulärer Vorstoß der Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten**, welchen die Tageszeitung „Dolomiten“ enthüllt hatten.

19 Abgeordnete im Südtiroler Landtag für den „Doppelpass“

POLITIK: Parteiübergreifende Initiative in Sachen Doppelstaatsbürgerschaft – Gemeinsamer Brief an Kurz und Strache ▶ Seite 11



ÖVP-Chef Sebastian Kurz (im Bild links) und Freiheitlichen-Obmann Heinz-Christian Strache: Geht es nach 19 Landtagsabgeordneten, soll die Doppelstaatsbürgerschaft ins Koalitionsabkommen. APA/HELMUT FOHRINGER

Dolomiten - Dienstag, 21. November 2017

„Nicht Privilegien oder finanzielle Erwartungen stehen im Vordergrund, sondern der ideelle und identitätsstiftende Wert der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft.“

19 Südtiroler Landtagsabgeordnete von insgesamt 6 Parteien in ihrem Schreiben

Mehrheit der Landtagsabgeordneten ist für Doppelstaatsbürgerschaft

HOHES HAUS: Parteiübergreifender Schulterschluss für einen „Akt der Wiedergutmachung“ – „Doppelpass“ soll ins Koalitionsabkommen

BOZEN (hof). 19 von 35 Südtiroler Landtagsabgeordneten setzen sich beim designierten österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz und bei Freiheitlichen-Chef Heinz Christian Strache für die doppelte Staatsbürgerschaft ein: 7 Abgeordnete der SVP, 3 der Süd-Tiroler Freiheit, 6 Freiheitliche, die BürgerUnion, 5-Sterne-Bewegung und Team Autonomie.

Die 19 Abgeordneten haben parteiübergreifend ein Schreiben an ÖVP-Obmann Kurz und Freiheitlichen-Chef Strache gerichtet.

DIE UNTERZEICHNER

19 Mandatäre sind für den „Doppelpass“

BOZEN. Folgende Landtagsabgeordnete haben das Schreiben an ÖVP-Obmann **Sebastian Kurz** und Freiheitlichen-Chef **Heinz-Christian Strache** für eine doppelte Staatsbürgerschaft unterzeichnet: **Thomas Widmann, Maria Hochgruber-Kuenzer, Sepp Noggler, Albert Wurzer, Christian Tschurtschenthaler, Oswald Schiefer, Veronika Stirner** (alle SVP), **Sven Knoll, Bernhard Zimmerhofer, Myriam Atz-Tammerle** (alle Süd-Tiroler Freiheit), weiters die Freiheitlichen **Ulli Mair, Hannes Zingerle, Sigmar Stocker, Tamara Oberhofer, Roland Tinkhauser** und **Walter Blaas**, zudem **Andreas Pöder** (BürgerUnion), **Paul Köllensperger** (M5S) und **Elena Artioli** (Team Autonomie). ©

„Es entspricht dem Wunsch sehr vieler Süd-Tiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen“, betonen die 19 Abgeordneten in dem Schreiben. „Wir sprechen uns daher für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler aus und richten hiermit das Ansuchen an Sie, die Wie-

dererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.“ In dem Schreiben wird betont, dass sich in Südtirol *alle* deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für dieses Anliegen ausgesprochen hätten. Die Südtiroler hätten ihre österreichische Staatsbürgerschaft unfreiwillig mit der Annexion Südtirols durch Italien verloren. Die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Südtiroler wäre deshalb ein „Akt der Wiedergutmachung“.

Mit dieser Veröffentlichung der „Dolomiten“ wurde das Thema der Doppelstaatsbürgerschaft mit einem Schlag zu einem Hauptgesprächsthema in ganz Südtirol. Bald sollte die Diskussion auch Nordtirol erreichen.

Dem SID liegt auch der Brief der Südtiroler Abgeordneten in Ablichtung vor:

An den Obmann der Neuen Volkspartei, Herrn Sebastian Kurz.
An den Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, Herrn Heinz-Christian Strache.

Betreff: Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler.

Verehrter Herr Kurz, verehrter Herr Strache!

In Süd-Tirol haben sich alle deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für die Möglichkeit einer österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft ausgesprochen. Ihre österreichische Staatsbürgerschaft verloren die Süd-Tiroler mit der Annexion Süd-Tirols durch Italien unfreiwillig. Die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler wäre daher ein Akt der Wiedergutmachung.

Bis heute geht ein Riss durch viele Familien in Tirol, die in nunmehr getrennten Landesteilen leben und durch unterschiedliche Staatsbürgerschaften zusätzlich geteilt werden. Auch der Zugang zu bestimmten Berufen in Österreich bleibt den Süd-Tirolern – auf Grund der fehlenden österreichischen Staatsbürgerschaft – verwehrt.

Nicht Privilegien oder finanzielle Erwartungen stehen jedoch im Vordergrund, sondern der ideelle und identitätsstiftende Wert der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Doppelte Staatsbürgerschaften sind in den meisten EU-Staaten bereits zur politischen Realität geworden. Sie entsprechen dem Wunsch der Bürger, die eigene Identität selbst zu definieren und machen diese Identität vor allem für ethnische Minderheiten nicht länger von der staatlichen Zugehörigkeit abhängig.

Der internationale Vergleich zeigt, dass sich doppelte Staatsbürgerschaften insbesondere für Minderheiten und zum Schutz ihrer Rechte bewährt haben.

Als Beispiel hierfür sei die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft (als Zweitstaatsbürgerschaft) durch die Bundesrepublik Deutschland an die deutschsprachigen Minderheiten in den ehemaligen Ostgebieten genannt. Auch die Republik Österreich gewährt den österreichischen Auswanderern im brasilianischen Dreizehnlinden die österreichische Staatsbürgerschaft.

Besonders hervorzuheben ist auch die Republik Italien. Seit einer Gesetzesänderung im Jahre 2006 bietet Italien all seinen im Ausland lebenden italienischen Minderheiten (z.B. in Kroatien und Slowenien) die Möglichkeit der Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft an.

Das Modell der Doppelstaatsbürgerschaft, das Italien für seine eigenen Minderheiten eingeführt hat, wäre auch für Süd-Tirol die ideale Lösung.

Mit der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler würden die Verbindungen zwischen Süd-Tirol und Österreich gestärkt, die Position der Süd-Tiroler als österreichische Minderheit im italienischen Staatsgebiet gefestigt und die Minderheitenrechte somit zusätzlich abgesichert.

Die gefertigten Abgeordneten zum Süd-Tiroler Landtag richten aus diesem Grunde folgendes Begehren an Sie:

Es entspricht dem Wunsch sehr vieler Süd-Tiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen. Wir sprechen uns daher für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler aus und richten hiemit das Ansuchen an Sie, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.

Bozen, den 15. November 2017.

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
Myria Atz Tanele

[Handwritten signature]

[Handwritten signature] *[Handwritten signature]*

Veronika Stirrer

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

Das Ansuchen, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die Süd-Tiroler die österreichische Staatsbürgerschaft wieder erlangen können, wurde parteiübergreifend von der Mehrheit (!) der Abgeordneten des Süd-Tiroler Landtages unterzeichnet:

L.-Abg. Thomas Widmann (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Maria Hochgruber-Kuenzer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Sepp Noggl (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Albert Wurzer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Christian Tschurtschenthaler (Süd-Tiroler Volkspartei).
L.-Abg. Oswald Schiefer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Veronika Stirner (Südtiroler Volkspartei).

L.-Abg. Sven Knoll (Süd-Tiroler Freiheit).
L.-Abg. Bernhard Zimmerhofer (Süd-Tiroler Freiheit).
L.-Abg. Myriam Atz-Tammerle (Süd-Tiroler Freiheit).

L.-Abg. Ulli Mair (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Hannes Zingerle (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Sigmar Stocker (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Tamara Oberhofer (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Roland Tinkhauser (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Walter Blaas (Die Freiheitlichen).

L.-Abg. Andreas Pöder (BürgerUnion).

L.-Abg. Paul Köllensberger (Movimento 5 Stelle / Fünf-Sterne-Bewegung).

L.-Abg. Elena Artioli (Team Autonomie).

Dieses wichtige Schreiben war das Ergebnis einer Initiative der „Süd-Tiroler Freiheit“ und des Landtagsabgeordneten Sven Knoll.



Dr. Eva Klotz und der Landtagsabg. Sven Knoll

Der Landtagsabgeordnete Sven Knoll von der „Süd-Tiroler Freiheit“ hatte den Brief der Südtiroler Landtagsabgeordneten initiiert und sollte in der Folge mit zahlreichen Presseaussendungen, welche ihren Niederschlag in den Medien fanden, immer wieder die Politiker zum Handeln auffordern. Seine Beharrlichkeit sollte Früchte tragen.

Unterstützt wurde er hierbei vor allem auch durch die ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz, die Tochter des legendären verstorbenen Freiheitskämpfers Georg Klotz.

Die Schützen-Petition

Am 27. November 2017 berichteten die „Dolomiten“:

Einstimmig für die Doppelstaatsbürgerschaft

VERBAND „TIROLER SCHÜTZEN“: Resolution verabschiedet – Thema soll in Koalitionsabkommen festgeschrieben werden



Einstimmig für die Doppelstaatsbürgerschaft (von links): Die Landeskommandanten Enzo Cestari (Welschtirol), Elmar Thaler (Südtirol) und Fritz Tiefenthaler (Nord- und Osttirol).

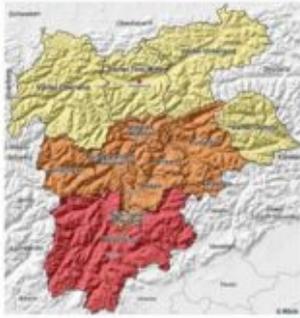
BRIXEN. Die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler soll ins Koalitionsabkommen der neuen österreichischen Regierung aufgenommen werden. Dafür hat sich der Verband „Tiroler Schützen“ bei seiner Landesausschusssitzung am Samstag in Brixen einstimmig ausgesprochen.

55 Delegierte des Bundes Tiroler Schützenkompanien, des Südtiroler Schützenbundes und des Welschtiroler Schützenbundes haben eine Resolution verabschiedet, welche sich für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler ausspricht. Das Schreiben soll an die Verhandlungsführer der Koalitions-

verhandlungen in Österreich die Bitte richten, sie mögen diesen Wunsch in ihr Koalitionsabkommen aufnehmen.

Dabei können die Schützen auf einen prominenten Fürsprecher zählen. Nach Nordtirols Landeshauptmann Günther Platter habe auch der Nordtiroler Landtagspräsident Herwig van Staa seine volle Unterstützung für die doppelte Staatsbürgerschaft sowie seine Hilfe auf Bundesebene angeboten.

Dem SID liegt das Originalschreiben in Kopie vor:



TIROLER SCHÜTZEN

SCHLERNSTRASSE 1, WALTHERHAUS
39100 BOZEN

S.g. Herrn
Sebastian Kurz
Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei
Dr. Karl Renner-Ring 3
A - 1017 Wien

S.g. Herrn
Heinz Christian Strache
Freiheitlicher Parlamentsklub
Dr. Karl Renner-Ring 3
A - 1017 Wien

Bozen, den 27. November 2017

Betreff: Koalitionsverhandlungen – österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler

Sehr geehrter Herr Kurz, sehr geehrter Herr Strache!

Der Landesausschuss des Verbandes der Tiroler Schützen hat sich als Vertretung aller Schützenkompanien in Tirol mit seinen rund 20.000 Mitgliedern am vergangenen Samstag in Brixen für die Unterstützung des Vorhabens der Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler ausgesprochen.

Inhaltlich schließen wir uns dem von 19 Abgeordneten des Südtiroler Landtags an Sie übermittelten Schreiben an. Hiermit bitten wir Sie, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Mjr. Elmar Thaler
Geschäftsführender Landeskommendant Tiroler Schützen

Eine landesweite Diskussion brach los

Die SVP – „das Bild eines aufgescheuchten Hühnerhaufen“

Am 21. November 2017 berichtete das Südtiroler Internet-Portal „SALTO“ www.salto.bz/de, dass der **Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher** erklärt habe, dass er sich nicht öffentlich zum Thema äußern werde, **bevor nicht das Anliegen mit den Vertretern der beiden involvierten Regierungen – Österreichs und Italiens – besprochen worden sei.**

Noch deutlicher konnte Kompatscher nicht offenbaren, dass er an der Leine Roms läuft.

Am 22. November 2017 berichteten die „Dolomiten“, dass die Südtiroler Volkspartei (SVP) *„das Bild eines aufgescheuchten Hühnerhaufen“* abgebe. Der Landeshauptmann Kompatscher und der SVP-Obmann Achammer äußerten sich laut „Dolomiten“ ablehnend, während mehrere der SVP-Unterzeichner zu ihrer Unterschrift standen und erklärten, dass man solch wichtige Fragen als Südtiroler Regierungspartei nicht allein der Opposition überlassen dürfe.

Alpenvereinspräsident Georg Simeoni: „Ich würde auf jeden Fall ansuchen!“



Bild aus UT 24

Am 21. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass sich auch der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB) der Forderung nach der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler anschließe.

Der **Vorsitzende des ASGB, Tony Tschnett**, erklärt, *„dass die Schutzmacht Österreich mit ihrem Bekenntnis, die Südtiroler effektiv als ihresgleichen anzuerkennen, ihr Protektorat de jure weiter festigen und der deutschen und ladinischen Volksgruppe somit zusätzliche Sicherheit vermitteln könnte.“*

Der **Vorsitzender der ASGB-Jugend, Alexander Wurzer**, zeigt sich als überzeugter Unterstützer der von einer Mehrheit des Südtiroler Landtages lancierte Forderung:

„Zuallererst gilt allen Unterzeichnern des Schreibens mein Dank. Ich muss aber auch mein Unverständnis an jene richten, die das Schreiben nicht unterzeichnet haben, denn jede weitere Unterschrift hätte die Schlagkraft der Forderung bekräftigt.“

Bauernjugend-Obmann für doppelte Staatsbürgerschaft

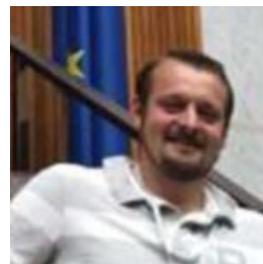


Bild aus UT
24

Am 21. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **Obmann der Südtiroler Bauernjugend, Wilhelm Haller**, dem Anliegen äußerst positiv gegenüber stehe.

Haller denke, dass „eine Entwicklung hin zu einem vereinten Tirol sicherlich kein Fehler wäre“. Auch die Mitglieder der Südtiroler Bauernjugend seien in dieser Hinsicht *„sicherlich für alles offen“*. *„Würde man alle Jungmitglieder zusammen nehmen, so würde sicherlich ein Plus für dieses Anliegen herauskommen“*, meinte Haller.

Auf die Frage, ob er denn bei einem Zustandekommen der doppelten Staatsbürgerschaft auch gleich ansuchen würde, sagt Haller: *„Da wäre ich ganz bestimmt nicht abgeneigt“*.

SVP-Abg. Hans Benedikter: „Eine legitime Forderung“



Bild SSB

Am 22. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **ehemalige Parlamentsabgeordnete der Südtiroler Volkspartei, Hans Benedikter**, ein glühender Befürworter der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler sei. Im Gespräch mit UT24 ging er mit der Landesführung der SVP in dieser Sache hart ins Gericht und erklärte:

„Es ist eine Schande, dass die Führung der SVP, der Landeshauptmann und der Parteiobmann an der Spitze, nicht ganz klar und deutlich erklären: Selbstverständlich ist das ein Recht und eine Forderung, dass wir offiziell nicht nur unterstützen, sondern wo wir uns an vorderster Front befinden.“

Laut Benedikter sei es ein Skandal, dass Leute die diese Werte am meisten in den Vordergrund stellen müssten, sich „so verkriechen und so tun, als ob sich das nichts angehe“. Die Führung der Volkspartei hätte Forderungen stellen müssen, denn in Wien heiße es oft diskret, „wenn die SVP da nicht dahintersteht, dann tun wir uns schwer“.

Ehemaliger SVP-Obmann Siegfried Brugger: Mehr Mut!



Bild aus UT 24

Am 23. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **langjährige SVP-Obmann und Kammerabgeordnete Siegfried Brugger** seine eigene Partei zu „mehr Mut“ in Sachen Doppelpass aufgerufen habe.

Dass der SVP-Obmann Philipp Achammer die Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten, darunter sieben SVP-Vertreter, öffentlich dafür kritisiert hatte, weil sie sich mit einem Brief an ÖVP-Chef Sebastian Kurz in Sachen Doppelpass gewandt hatten, veranlasste Brugger zu folgender Stellungnahme:

„Wir Südtiroler haben genügend Augenmaß, um zu wissen, welche Anträge wir Österreich gegenüber stellen können und wir sind auch selbstbewusst genug, dass wir nicht bitten müssen, um fragen zu dürfen“.

Österreich und auch die SVP-Führung sollten sich in diesem Falle Italien zum Vorbild nehmen, so Brugger. Italien habe bereits 2006 in weitherziger Weise sehr vielen Auslands-Italienern, das Recht auf den italienischen Pass eingeräumt. Dies sei durchaus mit der Situation Südtirols vergleichbar. Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler wäre folglich eine Frage der Gegenseitigkeit.

Es gehe lediglich um das gleiche Recht für alle Staatsbürger, eine von Vorfahren früher einmal besessene und dann verlorene Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen. Im Falle der Südtiroler sei das die österreichische Staatsbürgerschaft zusätzlich zur italienischen.

Ehemaliger SVP-Vize-Bürgermeister

von Bozen: „Ein wichtiges Zeichen“

Am 23. November 2017 meldete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **ehemalige Vize-Bürgermeister von Bozen, Klaus Ladinser (SVP)** die österreichische Staatsbürgerschaft annehmen würde, sofern dies möglich wäre. Ladinser erklärte:



„Es ist ein wichtiges Zeichen um unsere Südtiroler Kultur und Bevölkerung an Österreich zu binden. Es ist im europäischen Geiste und deshalb eine positive Entwicklung.“

Südtirols Freiheitliche: Historische Chance



Am 23. November 2017 veröffentlichten Südtirols Freiheitliche auf ihrer Internetseite eine Erklärung ihres Parteiobmannes Andreas Leiter Reber, „Wir Freiheitliche haben das Vorhaben, für Südtiroler den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, von vorneherein stets aktiv mitgetragen und unterstützt.“ Die österreichische Staatsbürgerschaft sei nicht nur ein Herzensanliegen, das für

die Stärkung der Identität als ethnische Minderheit in einem fremden Staat besonders wichtig ist. Durch die Möglichkeit, zusätzlich zur italienischen, auch die Staatsbürgerschaft des österreichischen Vaterlandes erwerben zu können, werde die Position Südtirols im Ausbau zur Selbstverwaltung massiv gestärkt und die Schutzfunktion Österreichs würde eine neue Qualität erreichen.

Aufruf: Solidarität über die Parteigrenzen hinweg!



Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) ist eine von ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, welche sich für die Selbstbestimmung und Landeseinheit Tirols einsetzt.

Dessen Obmann Roland Lang sandte am 23. November 2017 nachstehende Presseerklärung aus, welche in den „Dolomiten“ und anderen Medien ihren Niederschlag fand:

Doppelpass: SHB ruft zur Solidarität über die Parteigrenzen auf

Das Jahr 2018 könnte ein besonderes Jubiläumsjahr werden: Nach hundert Jahren Trennung wird durch die Doppelstaatsbürgerschaft wieder eine engere Anbindung an das Vaterland Österreich herbeigeführt. Südtiroler können wieder Bürger Österreichs werden.

Es geht hier vorrangig nicht um wirtschaftliche Aspekte und nicht um Privilegien, sondern um die Stärkung der eigenen Identität, des eigenen Kulturbewusstseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls der Tiroler über die noch trennenden Staatsgrenzen hinweg.

Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner hat stets diese Verbundenheit betont und in Hinblick auf die Landeseinheit darauf hingewiesen, dass die Tiroler handeln müssen, wenn sich im Ablauf der Ereignisse ein Fenster für eine Lösung auftut.

Auch jetzt hat der Herr Altlandeshauptmann in Zusammenhang mit der anzustrebenden Doppelstaatsbürgerschaft auf diesen Handlungsbedarf hingewiesen. Die Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft ist in der Tat ein Schritt in Richtung Landeseinheit.

In seinem Sinn und im Sinne der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer und politischen Häftlinge rufe ich als Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ den Politikern aller Südtiroler und österreichischen Parteien zu: Überwindet in dieser grundsätzlichen Frage die trennenden Parteigrenzen! Übt Solidarität und fordert diese auch von den österreichischen Kollegen ein!

Nicht nur eure jetzigen Wähler, sondern auch die künftigen Generationen werden es euch danken!

*Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB)*

Nordtirol steht Südtirol zur Seite

Mit den Südtiroler Landsleuten und ihrem Begehren nach Ermöglichung der österreichischen Staatsbürgerschaft solidarisierten sich:

Nordtirols Landeshauptmann Günther Platter



Die „Austria Presseagentur“ (APA) meldete am 23. November 2017:

19 von 35 Südtiroler Landtagsabgeordneten haben in einem Schreiben an die Koalitionsverhandler in Wien den Wunsch nach einer Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler formuliert. Sie erhalten jetzt Unterstützung durch LH Günther Platter (ÖVP).

Der Wunsch werde aufrecht bleiben, solange es keinen „europäischen Pass“ gebe, so der Landeshauptmann gegenüber der APA. Er habe „Verständnis“ für die Landtagsabgeordneten, betonte Platter.

„Die Grenze zwischen Nord- und Südtirol ist und bleibt eine historische Unrechtsgrenze. Südtirol ist für die Tiroler Landesregierung ein Herzensanliegen. Wenn wir diese Tage den 250. Geburtstag von Andreas Hofer feiern, wird uns die enge Verbundenheit der beiden Landesteile wieder besonders bewusst“, sagte Platter.

Altlandeshauptmann Weingartner

Wendelin



Das Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“ berichtete am 22. November 2017:

Nord- und Osttirols Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner (ÖVP) gilt als Südtirol-Kenner und Freund des Landes. Bereits des öfteren sprach sich Weingartner für sein „Herzensanliegen“, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler, aus. Im Interview mit UT24 nimmt Weingartner zu den aktuellen Entwicklungen Stellung:

„Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Anbindung von Südtirol an Österreich. Nachdem Italien seinen Bürgern in anderen Staaten auch diese doppelte Staatsbürgerschaft gibt, kann es nicht sein, dass Italien bei den Südtirolern was dagegen hat. Es wäre natürlich ein schönes Zeichen. Ich persönlich würde mich sehr freuen, wenn sowas möglich wäre.“

Landtagspräsident Herwig van Staa



Die Südtiroler Landtagsabgeordneten Sven Knoll (links) und Bernhard Zimmerhofer (rechts) zu Besuch bei Landtagspräsident Herwig van Staa (Mitte).

24. November 2017: Im Interview mit dem Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“ erklärte Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa (ÖVP), dass er zu den glühenden Befürwortern einer Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler gehöre.

„Ich bin ganz klar der Meinung, dass Österreich die Südtiroler gleich behandeln sollte, wie die Italiener ihre Abkömmlinge in Dalmatien. Diesen Angehörigen wurde ja auch die italienische Staatsbürgerschaft zuerkannt.“

Bundesratspräsident a. D. Helmut Kritzinger

Am 24. November 2017 berichtete das Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“: In der Debatte um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler meldet sich nun auch der im Sarntal geborene **ÖVP-Politiker Helmut Kritzinger** zu Wort. Der **ehemalige Präsident des**



österreichischen Bundesrates erklärt gegenüber **UT24**, warum der Doppelpass für Südtirol große Vorteile hätte.

Kritzinger beurteilt die aktuelle Diskussion um eine österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler als **„positiv“**.

„Ich glaube, dass heute eine viel größere Akzeptanz für eine Doppelstaatsbürgerschaft da ist. Zumal Italien ja selbst seinen Minderheiten im Ausland eine solche gestattet. Da müsste das für Südtirol erst recht gelten“, so Kritzinger.

Würde die doppelte Staatsbürgerschaft umgesetzt werden, so wäre dies laut Kritzinger **„ein großer Gewinn für Südtirol“**. Denn dadurch würde das Land sowohl in Wien, wie auch in Rom **„eine ganz andere Stärke haben, um gewisse Dinge durchzusetzen“**.

Man wird nun sehen, ob der ÖVP-Parteiboss und designierte künftige Bundeskanzler Sebastian Kurz bereit sein wird, den Wünschen der Südtiroler nach Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft zu entsprechen.

In vergangenen Jahrzehnten hatte sich die Spitze der Bundes-ÖVP hier wenig solidarisch verhalten und hatte sich mehr an

den Wünschen Roms als an denen der Südtiroler Landsleute orientiert. Es ist zu hoffen, dass diese damaligen Verhaltensweisen keine Auferstehung feiern, welche der **Historiker Helmut Golowitsch** in einem Aufsehen erregenden Werk aufgezeigt hat:

Ein „Komplott ungeahnten Ausmaßes“



Südtirol

Opfer für das westliche Bündnis



ISBN 978-3-7020-1708-8

Helmut Golowitsch

SÜDTIROL – OPFER FÜR DAS WESTLICHE BÜNDNIS

Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte

607 Seiten, zahlreiche S/W- und Farbbildungen, Hc.

€ 34,80

Der Autor, der bereits durch eine Reihe einschlägiger Arbeiten hervorgetreten ist, behandelt die heimliche Zusammenarbeit zwischen führenden Politikern der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der italienischen Democrazia Cristiana (DC) in der Zeit von 1945–1967. Er zeigt anhand erstmals abgedruckter Dokumente auf, wie bestimmte ÖVP-Politiker ungeachtet anderslautender Beteuerungen die italienischen „Freunde“ in der Annahme bestärkten, sie könnten sich Südtirols, ihrer Beute aus dem Ersten Weltkrieg, sicher sein.

Während man den Österreichern vorgaukelte, man würde für die Rückkehr Südtirols zu Österreich arbeiten, ließ beispielsweise Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) den „italienischen Freunden“ durch einen verdeckten Unterhändler ausrichten, man sei damit einverstanden, dass die Grenze am Brenner verbleibe. Diese Geheimpolitik zum Nachteil Südtirols erreichte unter der Regierung von Josef Klaus einen traurigen Höhepunkt. Es fanden Treffen mit italienischen Politikern, Polizeifunktionären und Geheimdienstagenten statt, die man vor der Öffentlichkeit und vor allem vor den Tiroler Landespolitikern geheim hielt. Die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ kommentierte, die hier vorgelegten Enthüllungen seien „an Brisanz kaum zu überbieten“, und erkannte „ein Komplott ungeahnten Ausmaßes“. Und auch der Salzburger Historiker und emeritierte Universitätsprofessor Reinhard Heinisch stellte fest: „Dieses neue Buch von Helmut Golowitsch belässt in einem bestimmten Abschnitt unserer jüngsten Zeitgeschichte keinen Stein auf dem anderen. Die Ergebnisse dieser Dokumentation sind wirklich erschütternd und aufwühlend.“

Der Autor

Dr. Helmut Golowitsch, Jahrgang 1942, hat bereits etliche Dokumentationen zur Südtiroler Zeitgeschichte publiziert.



LEOPOLD STOCKER VERLAG

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt im Versand über:

Bücherquelle Buchhandlungsgesellschaft m.b.H.,

Hofgasse 5, 8010 Graz, Tel.: +43/316/821636-111, office@buecherquelle.at

Unser Programm finden Sie unter www.buecherquelle.at

„JA zur österreichischen Staatsbürgerschaft“ – Breite Unterstützungsfrent aus allen deutschen Parteien Südtirols

Im August 2015 rückte der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB), eine von ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, die Frage der Doppelstaatsbürgerschaft mit einer landesweiten Plakataktion „JA zur österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler“ in das Rampenlicht. Auf diesen Plakaten wurde darauf hingewiesen, dass laut einer repräsentativen Umfrage 83 Prozent der Österreicher diese Forderung unterstützen. Am 13. August 2015 wurde die Plakataktion bei einem Pressegespräch der Öffentlichkeit vorgestellt und Vertreter aller deutschen Parteien in Südtirol vollzogen in dieser Frage einen Schulterschluss und unterstützten die Forderung nach Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler.

Mehr dazu:

<http://www.suedtiroler-freiheit.com/plakataktion-zur-doppelten-staatsbuergerschaft-vorstellung-mit-allen-deutschen-parteien-in-bozen/>

Italienischer Verwaltungsgerichtshof urteilt: Eintreten für Selbstbestimmung erlaubt

Der SHB-Obmann Roland Lang vor dem Kolosseum in Rom

Im August 2016 hatte der **Südtiroler Heimatbund“ (SHB)**, eine von ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, bei der Gemeindeverwaltung in Rom den Antrag gestellt, **in der italienischen Hauptstadt 1000 Plakate mit der Aufschrift „Il Sudtirolo non è Italia“** öffentlich anzubringen.

Die Gemeindeverwaltung hatte das Ansuchen als rechtlich nicht zulässig angelehnt. Dagegen hatte sich der SHB mit der Hilfe von Rechtsanwalt Dr. Rottensteiner aus Bozen gewehrt und Rekurs beim Verwaltungsgericht Latium eingelegt. Diesem Rekurs wurde am 21. Dezember 2016 vollinhaltlich stattgegeben: Das Verwaltungsgericht Latium folgte der Argumentation von RA Rottensteiner und urteilte in einem Vorentscheid, dass die Botschaft „Il Sudtirolo non è Italia“ weder beleidigend noch in irgendeiner Weise verfassungswidrig sei. Zudem hat das Gericht festgestellt, dass dieser Spruch vollinhaltlich von der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit gedeckt ist.



**IL
SUDTIROLO**

NON È



ITALIA!

Heimatbund darf in Rom plakatieren

VERWALTUNGSGERICHT: „Sudtirolo non è Italia“ von verfassungsrechtlich garantierter Meinungsfreiheit gedeckt – „Starten demnächst“

BOZEN. Der Heimatbund darf in Rom plakatieren – auch mit der Botschaft „Il Sudtirolo non è Italia“: Das hat das Verwaltungsgericht Latium beschlossen. Der Heimatbund hatte gegen das ursprüngliche Plakatierungsverbot durch das Plakatierungsamt in Rom geklagt – und nun Recht bekommen.

„Die Plakatierung wurde im August 2016 vom Plakatierungsamt der Gemeinde Rom mit fadenscheinigen Begründungen untersagt“, erinnert Heimatbund-Obmann Roland Lang in einer Presseaussendung. Dagegen habe man sich beim Verwal-

tungsgericht Latium zur Wehr gesetzt. „Diesem Rekurs wurde nun vollinhaltlich stattgegeben“, freut sich Lang.

Das Gericht sei der Argumentation von Rechtsanwalt Ewald Rottensteiner gefolgt und habe geurteilt, dass die Botschaft weder beleidigend noch in irgendeiner Weise verfassungswidrig sei.

„Zudem hat das Gericht festgestellt, dass dieser Spruch vollinhaltlich von der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit gedeckt ist“, heißt es in der Aussendung von Heimatbund-Obmann Lang weiter.

Bericht in den „Dolomiten“ vom 28. Dezember 2017

Der Vorentscheid vom Dezember 2016 wurde nunmehr durch ein ausführliches Urteil des Verwaltungsgerichts bestätigt.

Meilenstein für die Pressefreiheit – SHB siegt vor römischem Verwaltungsgericht

Unter diesem Titel veröffentlichte **Roland Lang**, Obmann des „**Südtiroler Heimatbundes**“ (SHB), am 16. Mai 2017 nachstehenden Presedienst:

Bozen – Der Obmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB), Roland Lang, ist erfreut, dass nach dem positiven Vorabentscheid des Verwaltungsgerichtes Latium vom Dezember 2016 hinsichtlich der Plakataktion „Il Sudtirolo non è Italia“ nun gleich eine zweite, noch wichtigere Entscheidung desselben Gerichtes vorliegt.

„Mit dem rechtskräftigen Urteil des Verwaltungsgerichts Latium, dem wichtigsten Verwaltungsgericht Italiens, vom Mai 2017 wurde ganz klar festgestellt, dass das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler niemals strafrechtlich belangt werden kann. Mehr noch: dieser Einsatz für ein Menschenrecht darf von den Behörden auch nicht behindert werden“, so Lang.

Publicato il 11/05/2017

N. 05723/2017 REG.PROV.COLL.
N. 12619/2016 REG.RIC.



R E P U B B L I C A I T A L I A N A

IN NOME DEL POPOLO ITALIANO

Il Tribunale Amministrativo Regionale per il Lazio

(Sezione Seconda)

ha pronunciato la presente

SENTENZA

Insbesondere fällt ein Satz dieses Urteils ins Auge, der hier vollständig zitiert werden muss: Das Verwaltungsgericht hat festgestellt, dass es **„in der italienischen Rechtsordnung kein Gesetz gibt, dass die Gedankenfreiheit hinsichtlich der Unabhängigkeit oder der Selbstbestimmung eines Territoriums des Staates einschränkt oder die Propaganda von Unabhängigkeitsideen verbietet**, (*„Nel nostro ordinamento non esiste alcuna norma che limiti la libertà di manifestazione del pensiero in merito all'indipendenza ovvero alla autodeterminazione di qualsivoglia articolazione territoriale dello Stato o che comunque vieti la propaganda di idee independentiste“*)“, so Lang.

Damit straft das Verwaltungsgericht Latium alle diejenigen Lügen, die die Südtiroler Selbstbestimmungsbewegung seit vielen Jahren immer wieder strafrechtlich verfolgen möchten. Zudem ist dieses Urteil auch von großer Bedeutung für die Selbstbestimmungsbewegungen im Veneto, der Lombardei, in Triest und allen anderen Teilen Italiens, die sich nach Freiheit sehnen.

In Brescia läuft derzeit eine Gerichtsverhandlung gegen 34 Selbstbestimmungsaktivisten. Laut dem dortigen Staatsanwalt sei bereits das Streben nach Unabhängigkeit eine Straftat. Das nun vorliegende Urteil des Verwaltungsgerichtes Latium stellt nun ausdrücklich klar, dass das Streben nach Unabhängigkeit, selbstverständlich im Rahmen der bestehenden Gesetze, keine Straftat darstellt.

„Es ist ein großer Sieg für den Rechtsstaat und ein großer Sieg für die Meinungsfreiheit“, so Roland Lang abschließend, der ausdrücklich dem Bozner Anwalt Dr. Ewald Rottensteiner und dem römischen Rechtsanwalt Dr. Massimo Colarizi, die den SHB in diesem Verfahren so erfolgreich vertreten haben, für ihren Einsatz dankt.

Roland Lang

Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Die Bedeutung des Urteils

Tatsächlich hat dieses Urteil eine außerordentliche Bedeutung. 1945 hatte das postfaschistische Italien die Staatsschutzbedingungen des faschistischen Strafgesetzbuches „Codice Penale“ von 1930 übernommen.

L. FRANCHI, V. FEROCI E S. FERRARI
C O D I C I E L E G G I D ' I T A L I A
corredati di richiami e di note di coordinamento

A CURA DI
SANTO FERRARI
E DI ROBERTO E GIORGIO FERRARI

CODICE PENALE E
CODICE DI PROCEDURA PENALE
CON LE DISPOSIZIONI DI ATTUAZIONE

APPENDICE DI LEGGI USUALI
INDICI SOMMARIO ED ANALITICO-ALFABETICO

EDITIO MINOR

Aggiornata al 1^o marzo 1981

In der Ausgabe des italienischen Strafgesetzbuches von 1981 konnte man noch die Unterschriften des italienischen Königs, des faschistischen Diktators Mussolini und seines Justizministers Rocco bewundern mit denen das faschistische Strafgesetzbuch samt seinen unmenschlichen Repressionsparagrafen in Kraft gesetzt worden war.

Zu den wichtigsten Bestimmungen des „Codice Rocco“ gehörten die „**Delikte gegen die Persönlichkeit des Staates**“ auf, die mit langjährigen Kerkerstrafen, mit dem Tod oder lebenslangem Zuchthaus zu ahnden waren:

• **Beleidigung der italienischen Nation**

- **Beleidigung der italienischen Fahne**
- **antinationale Aktivität**
- **politischer Defaitismus**
- **Beleidigung des Staatsoberhauptes**
- **subversive und antinationale Propaganda**
- **Bildung von geheimen Gesellschaften**
- **Auf die Beleidigung der italienischen Nation oder der italienischen Fahne standen 3 Jahre Kerker.**

Der berüchtigte Artikel 241

Wer aber versuchen sollte, ein Territorium vom italienischen Staat abzutrennen, verfiel nach Artikel 241 der Todesstrafe.

Nach 1945 wurde die Todesstrafe durch die Strafe lebenslänglicher Kerkerhaft ersetzt.

Erst im Jahre 2005 wurde die lebenslange Haft durch eine Mindeststrafe von 12 Jahren ersetzt.

In dem Text des Art. 241 hieß es nun, dass es sich bei den strafbaren Handlungen um „**atti violenti**“ – „**gewaltsame Akte**“ – handeln müsse, die das Ziel hätten „**das Territorium des Staates oder einen Teil desselben der Souveränität eines fremden Staates zu unterstellen oder die Unabhängigkeit und Einheit des Staates zu beeinträchtigen.**“

Es sind seit dieser Reform nur gewaltsame Handlungen strafbar.

Das menschenrechtskonforme und friedliche Eintreten für die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts ist nicht mehr strafbar.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, einen Blick auf die Jahrzehnte hindurch geübten Methoden der politischen Justiz in Südtirol zu werfen.

Eine Dokumentation über die italienische Justiz als politische Waffe [findet sich hier](#).

Gratulation und Dank an einen Tiroler Patrioten

Bild: SSB

Der Nordtiroler Alt-Landeshauptmann Dr. Wendelin Weingartner feierte am 7. Februar 2017 seinen 80. Geburtstag

Roland Lang, Obmann des von ehemaligen politischen Häftlingen und Südtiroler Freiheitskämpfern gegründeten „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB), der für die Selbstbestimmung eintritt, gratulierte dem Jubilar und dankte ihm für seine patriotische Haltung

In der Pressemitteilung des SHB heißt es dazu:



Roland Lang, der Obmann des SHB, dankte dem Altlandeshauptmann Dr. Weingartner

Weingartner, der als erster „Nicht“-Bauer die Geschicke des

Landes Tirol von 1993 bis 2002 leitete, war im EDV- und Bankenwesen aktiv, ehe er den Sprung in die Politik wagte und Tourismuslandesrat wurde.

In diese Zeit fällt auch das Zitat *„Und wenn ich die Stimmen aus Südtirol höre, dann glaube ich, dass gerade in der Jugend ein neuer Aufbruch hin zu einem geeinten Tirol stattfindet, und ich glaube, das ist wichtig“*. Dieser Ausspruch hat bis in die Gegenwart nichts an Aktualität eingebüßt, so der SHB.

Der 1937 in Innsbruck geborene Jurist war Sohn einer Südtirolerin und eines Osttirolers. Sein Großonkel war der bekannte Probst, Denkmalpfleger und Kunsthistoriker Dr. Josef Weingartner.

In einem lebensgeschichtlichen Interview bezeichnete sich Wendelin Weingartner als **Gesamttiroler**. In seine Zeit als Landeshauptmann fielen drei Faktoren des Zusammenrückens der Tiroler Landesteile. Damit sind der österreichische EU-Beitritt, das Abmontieren der Grenzbalken am Brenner, Reschen und in Winnebach infolge des Inkrafttretens des Schengener Abkommen und die Einführung der gemeinsamen Währung Euro gemeint. Darüber hinaus war und ist Südtirol immer ein Herzensanliegen Weingartners.

So sprach und spricht sich Weingartner immer wieder für die Selbstbestimmung seiner südlichen Landsleute auf. Mit messerscharfen Kommentaren zeigt er immer wieder auf die Wunde, die im Herzen Europas noch klafft. Zudem ist der begeisterte Bergsteiger ein sehr beliebter Gastredner bei Schützen und heimatliebenden Verbänden und Vereinen. Auch bei der Gedenkfeier für Sepp Kerschbaumer in St. Pauls hielt Weingartner zweimal die Gedenkansprache.

Der Südtiroler Heimatbund hofft, dass Weingartner noch viele Jahre lebt und sich über und mit uns Gedanken über unsere Heimat macht. Denn er ist ein Mahner, von denen es in der sich immer schnell drehenden Welt wenige gibt. So gesehen muss man

dankbar sein, dass es solche Charaktere gibt. Und so einer eben ist Weingartner, schließt Lang.

Dokumentation:

Dr. Wendelin Weingartner und der Südtiroler Freiheitskampf

1997: Aufregung über Weingartner-Äußerung

Am 14. Juni 1997 kamen ehemalige Südtiroler Freiheitskämpfer zu einem Kameradschaftstreffen in Innsbruck zusammen. Nach einer Gedenkmesse in der Hofkirche für die Opfer auf beiden Seiten ergriffen der Innsbrucker Bürgermeister Herwig van Staa und der Nordtiroler Landeshauptmann Wendelin Weingartner vor den mehr als 170 aus allen Landesteilen Tirols, aus dem übrigen Österreich und aus der Bundesrepublik Deutschland Zusammengekommenen das Wort. **Van Staa und Weingartner dankten den Versammelten für ihren damaligen Einsatz für die Tiroler Landeseinheit sowie für die Rechte und Freiheit Südtirols.**

Wütend reagierte die italienische Partei „Alleanza Nazionale“ darauf und forderte das Regierungskommissariat auf, gegen Weingartner öffentlich Stellung zu nehmen.

Dr. Weingartner wiederholte jedoch in der Bozener „Zeitung am Sonntag“ in einem Gastkommentar seinen Standpunkt:

„Ich glaube, daß man heute im Abstand von nahezu 40 Jahren doch schon feststellen kann, daß vieles heute Selbstverständliche in Südtirol nicht möglich wäre – Autonomie, Wohlstand, ja

auch ethnischer Friede – wenn es neben der Arbeit der politischen Vertreter diesen selbstlosen Einsatz der Aktivisten der 50er und 60er Jahre nicht gegeben hätte...Ich möchte damit nicht Gewalt glorifizieren, aber mit dem nötigen zeitlichen Abstand anerkennen, daß diese Männer und Frauen wirklich etwas für ihre Heimat und die Freiheit der Menschen bewirkt haben. Es muss heute möglich sein, dies auch öffentlich anzuerkennen und dafür Danke zu sagen.“

1999: Gedenken an die Gefolterten und Ermordeten

Jedes Jahr gedenken der Südtiroler Schützenbund und der Südtiroler Heimatbund (SHB) auf dem Friedhof in St. Pauls der toten, der gefolterten und der ermordeten Freiheitskämpfer.

Am 8. Dezember 1999 kamen 2.000 Teilnehmer nach St. Pauls, darunter 1.200 Schützen mit 70 Fahnenabordnungen.



Bei der Gedenkmesse – von links nach rechts: Der ehemalige Freiheitskämpfer und politische Häftling Hans Stieler, Landeshauptmann Dr. Wendelin Weingartner und der ehemalige Freiheitskämpfer und politische Häftling Sepp Mitterhofer.

Die würdige und ehrende Gedenkansprache hielt der **Nordtiroler Landeshauptmann Dr. Wendelin Weingartner**. Er sagte unter anderem:

„Meine Mutter war Katakombenlehrerin und die Folterungen der politischen Häftlinge haben sie tief bewegt und dadurch haben sie auch bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Es gilt auch das Bekenntnis, dass Menschen, die für die Heimat eingestanden sind, auch heute noch ihre Bedeutung haben und wir daraus lernen müssen ... Wir können auch heute auf Menschen nicht verzichten, deren Sein und Handeln eins ist, die authentisch sind wie Kerschbaumer ... Er hat für die Heimat gehandelt und gelitten. Deshalb darf die Geschichte unseres

Landes nicht verdrängt werden, sondern sie muss aufgearbeitet werden, und zwar ernsthaft.“

Im Vorfeld der Feier hatte es eine wüste Kampagne gegen den Nordtiroler Landeshauptmann und die anderen Teilnehmer gegeben. Sowohl die österreichischen „Grünen“ als auch die neofaschistische „Alleanza Nazionale“ (AN) hatten gleichermaßen protestiert. Die AN hatte sogar die italienische Regierung aufgefordert, in Österreich diplomatischen Protest einzulegen und in St. Pauls gegen die Feier einzuschreiten. Landeshauptmann Dr. Weingartner hatte sich aber nicht einschüchtern lassen.

2009: Attentate waren notwendig

„Einerseits konnte man international nicht hinter Attentaten stehen, andererseits wusste man, dass sie notwendig waren. Die Leute haben gesagt: Jetzt setzen sich Menschen für die Heimat ein und werden eingesperrt. Ich weiß, dass auch in meiner Familie diskutiert wurde, dass es nicht notwendig ist, dass Österreich da den Braven spielt und die Leute verurteilt.“

(Dr. Weingartner in einem am 13. November 2009 von Birgit Mosser-Schuöcker und Gerhard Jelinek aufgenommenen Gesprächsprotokoll, wiedergegeben in deren Buch „Herz Jesu Feuernacht Südtirol 1961“, Innsbruck-Wien 2011, S. 142)

2009: Sie werden einen wichtigen Platz in der Tiroler Geschichte erhalten

„Ich habe schon oft gesagt, man kann nicht Andreas Hofer endlos feiern und die Leute, die sich in den Sechzigerjahren vielleicht noch intensiver und in persönlich verletzenderer Form für Tirol eingesetzt haben, nicht. Ich glaube, die positiv profilierten Leute, auch die Gefolterten, werden

einen wichtigen, guten Platz in der Tiroler Geschichte erhalten.“

(Dr. Weingartner in einem am 13. November 2009 von Birgit Mosser-Schuöcker und Gerhard Jelinek aufgenommenen Gesprächsprotokoll, wiedergegeben in deren Buch „Herz Jesu Feuernacht Südtirol 1961“, Innsbruck-Wien 2011, S. 214)

2009: Mit zivilem Widerstand allein hätte man das nicht erreicht

„Ich glaube auch, dass es falsch ist, wenn man sagt, die Attentate hätten den Weg zur Autonomie behindert. Vor den Sechzigerjahren war in Italien nicht die geringste Bereitschaft vorhanden, etwas zu verändern. Mit zivilem Widerstand allein hätte man das wahrscheinlich nicht erreicht.“

(Dr. Weingartner in einem am 13. November 2009 von Birgit Mosser-Schuöcker und Gerhard Jelinek aufgenommenen Gesprächsprotokoll, wiedergegeben in deren Buch „Herz Jesu Feuernacht Südtirol 1961“, Innsbruck-Wien 2011, S. 217)

2011: Es waren Freiheitskämpfer

Im Anschluss an die große Gedenkveranstaltung des Südtiroler Schützenbundes „50 Jahre Feuernacht“ am 11. Juni 2011 auf Schloss Sigmundskron fand eine Podiumsdiskussion statt.

*„Dr. Wendelin Weingartner kritisierte in seinem Statement scharf den Historiker Rolf Steininger, der die Freiheitskämpfer schon des Öfteren als Terroristen bezeichnet hat und der der Meinung ist, dass die Anschläge rein gar nichts gebracht hätten. **Bei den Männern der 60er Jahren handelt es sich sehr wohl um Freiheitskämpfer und nicht um Terroristen!**“, so der Altlandeshauptmann. Und weiter: **Ich wünschte mir bei den einen oder anderen Historikern und***

Politikern von heute eine ähnliche Heimatliebe, wie sie diese Männer von damals hatten.“

(Bericht über die Gedenkveranstaltung des Südtiroler Schützenbundes „50 Jahre Feuernacht“ in der „Tiroler Schützenzeitung“ Nr. 4/2011)

2012: Den Todesmarsch aufgehalten



Im Bild (von links): Landtagsabgeordneter Sigmar Stocker, Bürgermeister Klaus Runer, SVP-Ortsobfrau Margareth Runer und Festredner Wendelin Weingartner.

„Weingartner lobte die Freiheitskämpfer der 1960er Jahre, die, um den Todesmarsch der Südtiroler aufzuhalten, agiert haben und so wesentlich zum heutigen Wohlstand Südtirols – unserer Heimat – beigetragen haben“.

(Bericht der Tageszeitung „Dolomiten“ über die Festrede **Weingartners** auf der Andreas Hofer Gedenkfeier in Terlan am 22. Februar 2012)

2015: „Hofer würde sagen: Wehrt’s euch Mander!“

Am 22. Februar 2015 hielt Altlandeshauptmann Dr. Wendelin

Weingartner bei der Andreas-Hofer-Gedenkfeier in Ehrenburg die Gedenkrede. Das Internetportal [Unser Tirol 24](#) berichtete darüber:

POLITIK ([HTTP://WWW.UNSERTIROL24.COM/CATEGORY/POLITIK/](http://www.unsertirol24.com/category/politik/))

Weingartner: Hofer würde sagen: Wehrt's euch Mander!

Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner lies am vergangenen Sonntag bei der Andreas-Hofer-Feier in Ehrenburg als Gedenkredner mit einigen Aussagen aufhorchen.



Andreas-Hofer-Gedenkfeier in Ehrenburg – Foto: UT24 / rem

Er erinnerte an all jene, die in den Freiheitskriegen für Tirol gefallen und **in den 60er Jahren in der Zeit der Not aufgestanden sind** und das getan haben, was sie für wichtig erachtet haben. Die sich eingesetzt haben für das Land und die heute manchmal vergessen werden. Einige – so Weingartner – möchten diese Perioden aus unserer Geschichte ausradieren. Das könne aber nicht gelingen.

**Dr. Wendelin Weingartner und das
Recht der Südtiroler auf**

Selbstbestimmung

Dr. Weingartner hat wiederholt dazu aufgefordert, das Ziel der Landeseinheit Tirols nicht aus den Augen zu verlieren. In der „**Tiroler Tageszeitung**“ vom 12. Dezember 2006 hat sich Weingartner eindeutig geäußert:

Weingartner: Ein Tirol ist nicht sinnlos

Tirols Alt-LH Weingartner kontert seinem Nachfolger Herwig van Staa und Südtirol-Aktivist Klier. Eine Wiedervereinigung mit Südtirol sei nicht sinnlos.

INNSBRUCK (TT-pn). Wendelin Weingartner forcierte in seiner Amtszeit stets eine starke Achse mit Südtirol. „Wir wissen nicht, was sich in Zukunft tut. Deshalb sollten wir uns alle Entwicklungen offen halten“, sagt der Altlandeshauptmann gegenüber der Tiroler Tageszeitung. Weingartner erinnert an die Wiedervereinigung Deutschlands, an die auch niemand mehr geglaubt hätte. Kritik übt er an der Südtirol-Politik der Tiroler Landesregierung. Ihr fehle die Emotion. „Die Südtirol-Frage hat jedoch immer etwas mit Emotionen zu tun.“

Weingartner: Landeseinheit sinnvoll

„Tirol soll sich Entwicklung offen lassen“

Dem Tiroler Alt-LH Wendelin Weingartner fehlt die Emotion in der heimischen Südtirol-Politik. Eine Wiedervereinigung hält er keinesfalls für ausgeschlossen.

INNSBRUCK (pn). Weingartner hatte während seiner fast zehnjährigen Amtszeit die Tiroler Landespolitik auch stets in Richtung Südtirol ausgerichtet. Die Nord-Süd-Achse war ihm oft wichtiger als jene Richtung Osten. Offen nimmt er im Gespräch mit der Tiroler Tageszeitung deshalb zur aktuellen Debatte

über den künftigen politischen Status von Südtirol Stellung.

Geschichtliche Fenster

„Man sollte sich die Dinge offen lassen“, erklärt der ehemalige Tiroler Landeschef. „Niemand will die Unrechtsgrenze mit Gewalt verändern und die Geschichte wieder aufleben lassen. Aber wer weiß, wie sich Europa entwickelt, welche Fenster sich möglicherweise auftun?“, verweist Weingartner auf die deutsche Wiedervereinigung. Weingartner glaubt zwar nicht, dass eine Wiedervereinigung derzeit aktuell sei, „aber auch die Trennung Tirols kam seinerzeit wie aus heiterem Himmel“.

Die Autonomie bezeichnet Weingartner als großen Erfolg der Südtirol-Politik im Vergleich zur Situation bis Mitte der Sechzigerjahre. „Längerfristig streicht sie aber das Trennende hervor, wo doch die geschichtliche Tradition da ist.“

Für Weingartner wäre das Gedenkjahr 2009 ein geeigneter Rahmen, um sich mit dem gemeinsamen Tirol des 21. Jahrhunderts auseinander zu setzen. „Dabei sollten wir auch kritisch das Gedenkjahr 1984 bilanzieren. Aus den hehren Vorsätzen, ein gemeinsames Tirol zu gestalten, ist nicht viel geworden.“ In der Südtirol-Politik der Tiroler Landesregierung vermisst Weingartner heute die Emotion. „Südtirol und die Trennung Tirols sind emotionale Fragen. Das sollte uns bewusst sein.“

„Die Emotion fehlt“

„Mir geht es darum, im europäischen Kontext zu denken. Geschichtliche Veränderungen sind heute nicht absehbar.“ Lob hat er für Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder übrig. „Dieser meinte, die Wiedervereinigung Tirols wäre die natürlichste Sache der Welt. Damit lässt Durnwalder künftige Entwicklungen offen.“

(Aus „Tiroler Tageszeitung“ vom 12. Dezember 2006)

Weingartner: Autonomiestatut ist nicht verwirklichte Selbstbestimmung!

Am 1. November 2015 veröffentlichte die Südtiroler „Zett“, die „**Zeitung am Sonntag**“ einen Beitrag von Dr. Weingartner, in welchem dieser die These zurückwies, dass es sich bei dem Südtiroler Autonomiestatut bereits um verwirklichte Selbstbestimmung handle. Damit erteilte er dem ÖVP-Außenminister Kurz eine Belehrung, da dieser im Gleichklang mit der Bundes-ÖVP dergleichen behauptet hatte.

In diesem Beitrag des Altlandeshauptmannes hieß es unter anderem:

„Nach zähen Verhandlungen wurde mit dem zweiten Autonomiestatut ein Kompromiss gefunden, der von Südtirol angenommen wurde.

Die Zustimmung zum Autonomiestatut war kein Akt der inneren Selbstbestimmung, sondern die Annahme eines Verhandlungsergebnisses.

Wäre den Südtirolern das Recht auf eine innere Selbstbestimmung zugestanden worden, hätten sie sich sicher für ein ganz anderes Maß an Eigenständigkeit entschieden.

Und sie müssten nicht immer um ihre Zuständigkeiten und die Finanzen streiten. Sie müssten auch nicht Sorge haben, dass eine neue zentralistische Staatsverfassung ihre Positionen schmälere.

Die Feststellung in der Begründung des Beschlusses des Österreichischen Nationalrates, dass die Südtirol-Autonomie eine besonders gelungene Form der Selbstbestimmung sei, ist irreführend.

Die Autonomie beruht auf dem Pariser Vertrag und ist nicht Ergebnis der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes.

Der Pariser Vertrag wiederum ist die Grundlage der Schutzmachtfunktion Österreichs.

Für die Ausübung der Schutzmachtfunktion ist diese klare Position notwendig.

Das bedeutet aber nicht, dass der eingeschlagene Weg der Autonomie bisher für Südtirol kein guter gewesen wäre.

Aber das Autonomiestatut hat bei weitem nicht die Qualität und Sicherheit, dass es als Ausfluss einer inneren Selbstbestimmung gesehen werden kann. Dazu kann heute niemand ausschließen, dass sich einmal für die Bewohner Südtirols – für alle Bewohner – das historische Fenster einer echten Selbstbestimmung öffnen wird.“

MEINUNG

1. Nov. 2015

MEINUNG

ZUM NACHDENKEN

Was bedeutet Selbstbestimmung?



Wendelin Weingartner
Ehemaliger
Landeshauptmann
Südtirols

In den vergangenen Tagen gab es in der Wiener Tageszeitung „Die Presse“ einen interessanten Schlagabtausch zum Thema der Selbstbestimmung in Südtirol. Der ehemalige Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Wien, Prof. Dr. Dr. hc Reinhard Olt, verfasste einen eingehenden Gastkommentar mit dem Titel: Kehrtwende in Österreichs Südtirol-Politik. Dem widersprach der langjährige Südtirol-Sprecher im Nationalrat, Andreas Khol, in einer ausführlichen Replik energisch. Olt ist ein besonderer Freund Südtirols, ja Tirols als Ganzes, ein Kenner der politischen Situation im Lande und Träger des Südtiroler Verdienstordens. Die Kehrtwende sieht Olt

im Beschluss des österreichischen Nationalrats vom 8. Juli 2015, dessen Begründung lautet: „Selbstbestimmung kann auf verschiedene Weise verwickelt werden. Für Österreich besteht kein Zweifel, dass die Südtirol-Autonomie völkerrechtlich auch auf dem Selbstbestimmungsrecht beruht, das als fortbestehendes Recht von Südtirol in Form weitgehender Autonomie ausgeübt wird. Die Südtirol-Autonomie mit hohem Maß an Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung ist eine besonders gelungene Form der Selbstbestimmung.“ Olt vermeint nun, dass sich Wien mit dieser Formulierung anschieke, auf das Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler zu verzichten. Er meint, wenn Österreich feststelle, dass die Südtirol-Autonomie eine besondere Form der Selbstbestimmung sei, dann sei die Selbstbestimmung bereits verwirklicht und könne daher nicht mehr gefordert werden. Dieser Argumentation hält Khol in seiner Replik entgegen, dass das Selbstbestimmungsrecht dem Volk



Im Jahr 2009 marschierten Schützen beim Landesfestzug mit – und forderten „Selbstbestimmung“. Sechs Jahre später ist das Thema vor dem Hintergrund der Diskussionen um Euroregio, Autonomiekonvent und Doppelstaatsbürgerschaft aktueller denn je.

ANDREAS KHOL

der Südtiroler zustehe und Österreich nicht für die Südtiroler darauf verzichten könne. Diese Argumentation ist an sich richtig. Trotzdem ist die Kritik am Beschluss des Nationalrates angebracht. Das Völkerrecht kennt eine „äußere“ und eine „innere“ Selbstbestimmung. Die äußere Selbstbestimmung bedeutet, dass ein eigen-

ständiges Volk das Recht hat, zu bestimmen, ob es in einem anderen Staat leben, oder selbst einen eigenen Staat bilden will. Die innere Selbstbestimmung wiederum beinhaltet das Recht, sich – ohne Änderung der Staatsgrenzen – für eine weitgehend eigene Gesetzgebung und Verwaltung zu entscheiden. Wenn nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg für Südtirol die Selbstbestimmung gefordert wurde, dann ging es immer darum, die gewaltsame Trennung des Landes aufzuheben. Erst als dies nicht erreichbar war, wählte man den Weg der Autonomie, um die deutsche und ladinische Sprache und Kultur zu schützen. Nach zähen Verhandlungen wurde mit dem zweiten Autonomiestatut ein Kompromiss gefunden, der von Südtirol angenommen wurde. Die Zustimmung zum Autonomiestatut war kein Akt der inneren Selbstbestimmung, sondern die Annahme eines Verhandlungsergebnisses. Wäre den Südtirolern das Recht auf eine innere Selbstbestimmung zugestanden worden, hätten sie sich sicher für ein ganz anderes Maß an Eigenständigkeit entschieden. Und sie müssten nicht immer um ihre Zuständig-

keiten und die Finanzen streiten. Sie müssten auch nicht Sorge haben, dass eine neue zentralistische Staatsverfassung ihre Positionen schmälere. Die Feststellung in der Begründung des Beschlusses des Österreichischen Nationalrates, dass die Südtirol-Autonomie eine besonders gelungene Form der Selbstbestimmung sei, ist irreführend. Die Autonomie beruht auf dem Pariser Vertrag und ist nicht Ergebnis der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes. Der Pariser Vertrag wiederum ist die Grundlage der Schutzmachtfunktion Österreichs. Für die Ausübung der Schutzmachtfunktion ist diese klare Position notwendig. Das bedeutet aber nicht, dass der eingeschlagene Weg der Autonomie bisher für Südtirol kein guter gewesen wäre. Aber das Autonomiestatut hat bei weitem nicht die Qualität und Sicherheit, dass es als Ausfluss einer inneren Selbstbestimmung gesehen werden kann. Dazu kann heute niemand ausschließen, dass sich einmal für die Bewohner Südtirols – für alle Bewohner – das historische Fenster einer echten Selbstbestimmung öffnen wird.

wendelin.weingartner@athesia.it

(Zum Vergrößern aufs Bild klicken)

Die Umdeutung des Begriffes „Selbstbestimmungsrecht“ durch die österreichische Bundesregierung und ihre Organe

Das ergreifende Bild von der innigen Begrüßung („Dolomiten“ vom 19. November 2016)

Peinliche Jubelveranstaltung in Bozen: „70 Jahre Pariser Vertrag“

Am 18. November 2016 fand in Bozen eine ebenso sinnlose wie blamable Jubelveranstaltung „70 Jahre Pariser Vertrag“ statt, in welcher der von Außenminister Dr. Kreisky seinerzeit als „furchtbare Hypothek“ bezeichnete Kapitulationsvertrag von 1946 in höchsten SVP-Tönen gelobt wurde.

Es wurde auf dieser Veranstaltung viel leeres Stroh gedroschen. Der EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, der wie häufig etwas verkatert wirkte, hatte dem Vernehmen nach sein Redemanuskript im Flugzeug vergessen.

Er wurde bei seiner Ankunft in Bozen von Landeshauptmann Kompatscher geherzt und umarmt. Es war berührend!

Wie wunderbar: „Südtiroler, Italiener und Europäer!“

Juncker erwies sich beim Dreschen von Allgemeinplätzen aber

auch ohne Vorlage als sehr tüchtig. „An Südtirol möge er ,den Identitätsdreiklang‘“, berichtete die Tageszeitung „Dolomiten“. „Sie sind Südtiroler, Italiener und Europäer!“, rief Juncker dem Auditorium zu. Die zum Vortrag bestellten SVP-Funktionäre spendeten freudigen Beifall.

Der italienische Verfassungsexperte Antonio D'Atena verwies auf den „internationalen **Modellcharakter**“ der schlecht abgesicherten heute mehr denn je gefährdeten Südtirol-Autonomie.

Botschafter Tichy: Ihr habt „höchste Priorität“ – aber lasst uns bitte im Ruhe!

Der Leiter des **Völkerrechtsbüros im österreichischen Außenministerium, Dr. Helmut Tichy**, zeigte sich als **Meister der inhaltlich unverbindlichen Wortgestaltung**. Laut „Dolomiten“ gab Tichy Folgendes von sich:

„Helmut Tichy berichtete, dass Südtirol-Fragen im österreichischen Völkerrechtsbüro immer mit höchster Priorität behandelt würden und stets Chefsache seien.

Nur als ‚ultima ratio‘ sieht Tichy die Möglichkeit für Südtirol, bei Auseinandersetzungen mit Rom den Internationalen Gerichtshof einzuschalten.

Befreundete EU-Staaten würden nie auf diese Möglichkeit zurückgreifen.“

Auf gut Deutsch: Bitte lasst Österreich in Frieden, wenn ihr Probleme mit Rom habt! Wir werden wegen euch kein Prozess-Risiko vor dem IGH auf uns nehmen!

Um den Südtirolern deutlich klar zu machen, dass der derzeitige österreichische Außenminister Kurz und sein ergebener Mitarbeiter Tichy der Meinung sind, die Südtiroler

sollten sich alle Selbstbestimmungs-Flausen aus dem Kopf schlagen, gab Tichy der Tageszeitung „Dolomiten“ ein bemerkenswertes Interview:

„Immer Südtirol vor Augen“

70 JAHRE PARISER VERTRAG: Botschafter Tichy über Schutzfunktion morgen



WIEN (lu). Seit über 70 Jahren setzt sich Österreich für Südtirol ein. „Wir nennen das heute lieber Ausübung einer Schutzfunktion als Schutzmachtrolle. Dies bedeutet, dass wir u.a., wenn dies von Südtirol vorgeschlagen wird, aktuelle Südtiroler Anliegen gegenüber Italien unterstützen“, sagt Südtirol-Freund und **Botschafter Helmut Tichy**, Leiter des Völkerrechtsbüros im Ministerium für Europa, Integration und Äußeres. Er wird heute zum

Thema „70 Jahre Schutzfunktion Österreichs“ referieren.

Südtirol habe dank des Pariser Abkommens einen besonderen völkerrechtlichen Status. „Die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung dieses Status zu unterstützen, bleibt Konstante unserer Außenpolitik“, so Tichy.

Mit Österreichs EU-Beitritt wurde befürchtet, dass sich dies negativ auf die Ausübung der Schutzfunktion auswirken könnte. „Das Gegenteil ist der Fall, der EU-Beitritt hat unsere Beziehungen zu Italien intensiviert und so auch unsere Möglichkeiten erweitert, im Interesse Südtirols tätig zu werden“, bekräftigt Botschafter Tichy.

Wenn Österreich sich in inter-

nationalen Diskussionen für Minderheitenrechte und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einsetze, „haben wir immer Südtirol vor Augen. Es gibt einige, nicht unbedeutende Stimmen, die der Auffassung sind, dass Minderheiten kein Selbstbestimmungsrecht zusteht oder dass dieses nur für ehemalige Kolonien gilt. Wir lehnen eine solche Auslegung ab und argumentieren dagegen. Andererseits bedeutet auch für uns das Selbstbestimmungsrecht nicht dasselbe wie ein Recht auf Sezession. Südtirol übt sein Selbstbestimmungsrecht in der Form weitgehender Autonomie aus und ist zu einem Vorbild für viele Regionen geworden“, so Tichy. © Alle Rechte vorbehalten

Dieses Interview veranlasste Roland Lang, den Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB), einer von ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründeten Vereinigung, welche für die Selbstbestimmung eintritt, zu einem interessanten Meinungs austausch mit dem Herrn Botschafter Dr. Tichy.

Das Internetportal unsertirol.com veröffentlichte diesen Schriftwechsel:

SHB: Die Umdeutung des Begriffes „Selbstbestimmungsrecht“

20. November 2016

Professor Dr. Helmut Tichy leitet seit 2007 das

Völkerrechtsbüro im österreichischen Außenministerium, dessen Minister Sebastian Kurz am 24. Februar 2015 dem Obmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB) in einem Brief mitgeteilt hatte: „... die Südtirol-Autonomie mit ihrem hohen Maß an Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung ist eine besonders gelungene Form der Selbstbestimmung.“



Roland Lang, Obmann des SHB

Anlässlich der Gedenkveranstaltung „70 Jahre Pariser Vertrag“ bestätigte Dr. Tichy vom 19. November 2016 die Auffassung seines Ministers. Er sagte dort, die Selbstbestimmung sei durch die Autonomie erfüllt.

Wie steht es um die Menschenrechtspakte?

Dies veranlasste SHB-Obmann Roland Lang dazu, Dr. Tichy am 19. November 2016 in einem Email daran zu erinnern, **dass Italien am 25. Oktober 1977, mit Gesetz Nr. 881 die UNO-Menschenrechtspakte ratifiziert und damit zu geltendem staatlichem Recht erklärt hat.** Lang schrieb, dass Art. 1 der Pakte besagt:

„Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechtes entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“

Tichy: Selbstbestimmung ist Autonomie

Daraufhin schrieb Dr. Tichy noch am gleichen Tag zurück an Lang:

„Nach österreichischer Auffassung kommt Südtirol jedenfalls das Selbstbestimmungsrecht zu, das aber nicht mit einem Sezessionsrecht verwechselt werden darf.“

Dass die Autonomie, die Form, in der Südtirol sein Selbstbestimmungsrecht ausübt, auch verteidigt werden muss, gehört zu ihrem Wesen.“

„Kann dann Südtirol die Inhalte der Autonomie selbst bestimmen?“, fragt sich Lang.

Nun entspann sich noch am 19. November 2016 ein kurzer aber bemerkenswerter Email-Verkehr. Lang schrieb an Dr. Tichy zurück:

„Sie sagen, dass die ‚Autonomie die Form‘ ist, ‚in der Südtirol sein Selbstbestimmungsrecht ausübt‘ und dass dies ‚auch verteidigt werden muss.‘

Wenn nun der Artikel 1 der UNO- Menschenrechtspakte besagt: ‚Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechtes entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale

und kulturelle Entwicklung',

dann kann das im Sinn ihrer Ausführungen nur bedeuten, dass in Bezug auf die Autonomie die Südtiroler ,frei über ihren politischen Status' und ,in Freiheit' über ,ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung' entscheiden können.

Das bedeutet, dass die Südtiroler selbst festlegen können, wie im Rahmen der Autonomie der ,politische Status' und die ,wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung' gestaltet werden.

Das würde bedeuten, dass der Südtiroler Landtag die Inhalte der Autonomie vorgeben kann und Rom das Ergebnis in Übereinstimmung mit den UNO- Menschenrechtspakten zu akzeptieren hat.

Dieser Gesichtspunkt eröffnet der Südtiroler Politik ganz neue Möglichkeiten.

Sehr geehrter Herr Professor, ich bitte Sie um Ihre geschätzte Stellungnahme hierzu! Und vor allem um Ihre Beurteilung, ob die Republik Österreich auch diese menschenrechtskonforme Vorgangsweise unterstützen würde.“

Tichy: Sie haben mich „missverstanden“ und ich will nichts mehr sagen!

Daraufhin schrieb Dr. Tichy noch am gleichen Tag zurück an Lang:

„Leider haben Sie meine Ausführungen missverstanden. □Ich habe ihnen aber eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Südtirol übt sein Selbstbestimmungsrecht bereits aus, in Form weitgehender und von vielen Seiten als Vorbild gesehener Autonomie. Ihren darüber hinausgehenden Interpretationen kann ich mich nicht anschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Tichy“

„Auch ich“, so erklärt Roland Lang abschließend, „habe diesen Worten nichts hinzuzufügen, außer dass deutlich wurde, welche tatsächliche Unterstützung Südtirol derzeit von bestimmten Leuten zu erwarten hat“.

Freiwillige Preisgabe der Südtirol-Autonomie?

Unverständlicher Weise betätigt sich die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) mit ihrem Landeshauptmann Kompatscher als willfährige Propagandistin der Pläne Roms, eine zentralistische und Regionen-feindliche Staatsverfassung einzuführen. Die SVP lässt nun sogar plakatieren, dass die Südtiroler mit „JA“ stimmen sollen. (Mitteilung in der Tageszeitung „Dolomiten“ vom 21. November 2016)

Dagegen erheben sich immer mehr warnende Stimmen. Darunter auch jene des Obmannes des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB), Roland Lang.



Der Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB), Roland Lang (links), und der Ehrenobmann und ehemalige Südtiroler Freiheitskämpfer Sepp Mitterhofer, welcher schwer gefoltert worden war und jahrelange Haft hatte erdulden müssen. Auch er hatte sein persönliches Opfer für eine bessere Zukunft seiner Heimat und ihrer Menschen erbracht und nicht dafür, dass Landeshauptmann Kompatscher nun im Einklang mit Rom die Autonomie gegen die Wand zu fahren hilft.

Pressemitteilung des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB) zum bevorstehenden Referendum über die beabsichtigte zentralistische Verfassungsreform Italiens:

Dafür wurden die schweren Opfer nicht erbracht!



Sepp Kerschbaumer, damals SVP-Obmann in Frangart und Begründer des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS), im Kreise seiner Familie. Auch er war von den Carabinieri schwer gefoltert worden und musste im Gefängnis eines viel zu frühen Todes sterben.

Der von ehemaligen politischen Häftlingen und Freiheitskämpfern gegründete „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) ist eine überparteiliche Vereinigung und mischt sich in parteipolitische Belange nicht ein, erklärte dessen Obmann Roland Lang. Bei der Abstimmung über die Verfassungsreform am 4. Dezember 2016 handelt es sich aber um eine übergeordnete Frage der Zukunft Südtirols.

Eingriffsrecht des Staates mit einer Generalvollmacht zementiert

Die Verfechter des „JA“ zur Verfassungsreform sprechen nicht gerne davon, dass die neue zentralistische Verfassung in ihrem Artikel 117 vorsieht, dass der Staat **mit Staatsgesetz in die Landeskompetenzen eingreifen** kann, **„wenn die Wahrung der juristischen oder wirtschaftlichen Einheit der Republik oder die Wahrung des nationalen Interesses dies erfordert.“**

Wir wissen, erklärte SHB-Obmann Roland Lang dazu, dass derart dehnbare Bestimmungen stets dazu benutzt worden sind, staatliche Eingriffe in die Autonomie abzusichern. Auch in Zukunft wird der römische Verfassungsgerichtshof angesichts dieser Generalvollmacht in einem Rechtsstreit nicht auf der Seite Südtirols stehen.

Dafür wurden die Opfer nicht gebracht

Die politischen Häftlinge der 1960er Jahre haben schwere Folterungen erlitten, einige blieben ihr Leben lang invalid. Sie haben insgesamt viele Jahrzehnte in italienischen Kerkern verbracht. Ihre Familien lebten in Armut und Not. Sepp Kerschbaumer, Anton Gostner und Franz Höfler starben im Gefängnis einen viel zu frühen Tod. Luis Amplatz wurde im Auftrag des Staates ermordet. Andere mussten fliehen und haben ihre Heimat verloren.

Diese Opfer haben nicht die erhoffte Selbstbestimmung gebracht, aber doch maßgebend zur Erreichung einer Autonomie beigetragen, welche bis jetzt das Überleben der deutschen und ladinischen Volksgruppe in ihrer Identität ermöglicht hat.



Dieses Bild zeigt den an den Folgen der Folter in der Haft verstorbenen Franz Höfler aus Lana in der Totenkammer. Das Bild wurde damals heimlich aufgenommen.

Und nun soll das Erreichte mit einem Streich dem Belieben Roms preisgegeben werden? Dafür haben die Freiheitskämpfer nicht ihre schweren Opfer erbracht und dafür hat auch ein Dr. Magnago nicht mehr als 10 Jahre lang in zähen Verhandlungen gekämpft, betonte Roland Lang abschließend.